

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich...

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die lechgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 9. Juni 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Neuwahlen in Oesterreich.

IV. Der Zusammenbruch der Christlichsozialen.

Welch ein Kontrast zwischen dem Jahre 1907, da die Christlichsozialen als „Reichspartei“ zur Eroberung des ganzen deutschen Oesterreichs auszogen, und diesem Jahre, das sie als ein Brak in den Wellen des Wahlkampfes treiben sieht...

Wohin man in Wien blickt, ist der Teufel gegen die Christlichsozialen los. Die gewerblichen Kleinbürger, ehemals ihre verhassten Truppen, mit denen Lueger seine ersten Siege erfocht, befinden sich in völliger Rebellion...

Der christlichsoziale Zusammenbruch, der sich fast so märchenhaft vollzieht wie ihr Aufstieg, hat natürlich viele Ursachen, aber die entscheidende ist doch sicher die, daß die christlichsoziale Politik, Bewegung und wie immer man es nennen möge, auf die Person eines Menschen zugeschnitten war...

bereitet wurden, schon wegen dieser Ideologie der Christlichsozialen, die nie mehr und nie anderes war, als die Verehrung des einen Namens, schon darum mußte Luegers Verschwinden die Partei um ihr Fundament bringen, sie bis auf den Grund erschüttern...

Die „Blumentag“-Seuche.

Alles wird von der Mode beherrscht, auch der Wohltätigkeitssport. Die neueste Mode auf diesem Gebiete ist die Veranstaltung von „Blumentagen“, die jetzt von allen möglichen Vereinigungen mit einem wahren Feuersturm betrieben wird...

Die „Blumentage“, „Kornblumentage“, „Margueritentage“ und so weiter werden gepriesen als ein besonders erfolgreiches Mittel, für die Aufgaben der wohltätigen und gemeinnützigen Vereine das unentbehrliche Kleingeld zu beschaffen...

anzeiger“ hat es ein paar Tage nachher an bester Stelle in einer Notiz von Knapp drei Zeilen mitgeteilt: ganze 23 410 M. „Weißpiellos“ sei der Erfolg des Potsdamer „Blumentages“...

Gegen den Groß-Berliner „Blumentag“ haben angesehenere Vereinigungen, die auf dem Gebiet der „sozialen Hilfsarbeit“ sich betätigen, ernste Bedenken vorgebracht. Sie sind der Ansicht, daß „Blumentage“ ebenso wie die Wohltätigkeitsveranstaltungen der bisher üblichen Art, durchaus ungeeignet sind...

Man vergewagt sich, wie sehr gerade von derjenigen Gesellschaftsschicht, aus der die meisten der obengenannten Vereinigungen sich rekrutieren, die Arbeiterklasse in ihrem eigenen Kampf gegen Not und Elend gehindert wird!

Es läßt sich verstehen, daß die „Blumentag“-Seuche so rasch um sich gegriffen hat. Die bürgerliche Klasse bedarf eines neuen Mittels, um ihr Bewußtsein beschwichtigen zu können...

Die Niederlage der belgischen Klerikalen.

Der Kampf der Sozialdemokraten und der Liberalen gegen die Klerikalisierung der Schule hat mit einem vollen Sieg geendet. Aus Brüssel wird telegraphiert:

Das Kabinett hat seine Entlassung gegeben. Der König hat die Demission angenommen. Eine andere Lösung der Krise, die durch die Beratung des Schulgesetzentwurfes ausgedrückt war, war nicht mehr möglich, nachdem gestern nachmittags in der Kammer der Führer der Mittelrechten Woeßte das Ministerium im Stich gelassen hatte, indem er sich gegen eine Durchberatung des Gesetzentwurfes in einer Spezialkommission erklärte.

Der König hat den Kammerpräsidenten Cooreman, der ein mehr gemäßigter Merkator ist, mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt. Cooreman hat aber den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts abgelehnt. Der König berief hierauf den Finanzminister Viebaert des zurückgetretenen Ministeriums, von dem angenommen wird, daß er geneigt ist, ein neues Kabinett zu bilden. Die neue Regierung wird die laufenden Geschäfte zu erledigen und dann die Vorbereitungen für die Auflösung der Kammer zu treffen haben. Man darf hoffen, daß der Sieg über den Merkatorismus auch den Ausfall der Wahlen entscheidend beeinflussen und die ohnehin so schwache Merkator-Majorität endgültig hinwegfegen werde. Damit würde dann auch in Belgien die Bahn frei für die großen Kämpfe des Proletariats, die durch die notwendige und dringende Aufgabe der Beseitigung der Merkatorischen Gesetzgebung immer wieder gehemmt worden sind.

#### Die Aufnahme der Demission.

Brüssel, 8. Juni. In der Deputiertenkammer veränderte Ministerpräsident Schollaert die Demission des Kabinetts ohne Angabe der Gründe, worauf ihm die Rechte sofort eine stürmische Weisung zugeht, an der sich der Führer der Mittelrechten Woeßte beteiligte. Dies gab der Linken zu ironischen Hochrufen auf Woeßte Veranlassung. Dies verletzete die Merkatoren in große Erregung. Mehrere reaktionäre Abgeordnete drangen mit geballten Fäusten gegen die Linke vor. Diese, besonders die Sozialdemokraten, brachten Hochrufe auf das allgemeine gleiche Wahlrecht aus, während die Liberalen Verwünschungen gegen die Arbeiter ausstießen. Darauf vertagte sich die Kammer bis nach der Ernennung des neuen Ministeriums.

Auf der Linken herrschte große Befriedigung, da es ihr zum ersten Male gelungen ist, den Sturz eines Kabinetts herbeizuführen.

Wie „XX. Siede“ meldet, wird der Königlichste Präsidenten der Deputiertenkammer, Cooreman, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

In der Stadt wurde die Demission mittels Extraausgaben verschiedener Blätter bekannt und von der liberalen Bevölkerung auf das freudigste begrüßt. Zahlreiche Liberalen besaßen ihre Häuser und die liberale Presse sowie der sozialistische „Peuple“ bringen Artikel, worin der Sieg der Opposition gefeiert wird.

Die Liberalen und Sozialisten haben eine Kundgebung an das belgische Volk erlassen, in welcher der Sturz des Ministeriums als Sieg der Opposition gefeiert wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Juni 1911.

### Die nationalisistische Erhebung in der reichsständischen Zentrumspartei.

Hat ihre ersten Erfolge zu verzeichnen. Die Colmarer nationalisistische Presse, die zum schweren Kerger der „Nöln. Volkstz.“ den Namen der Zentrumspartei beharrlich behält und ihn auch in Zukunft getreulich für sich in Anspruch nehmen will, ohne aber darum die nationalisistischen Illusionen irgendwie einzuschränken, bringt bereits diese zwei Siegesbulletins:

In Hagenau fand am Sonntag behufs Stellungnahme zum Delegiertentag des elsass-lothringischen Zentrums am nächsten Sonntag eine starkbesuchte Zentrumsversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Gauß ein scharfes Referat über die Haltung der Zentrumsfraction des Deutschen Reichstages bei der Beratung der elsass-lothringischen Verfassungsvorlage hielt. Der Gefängnisgeistliche Dr. Didio trat ihm entgegen, empfahl eine ruhige Behandlung der Frage und schlug eine mildere Fassung der von Gauß beantragten Resolution dahingehend vor, daß der „schärfste Tadel“ gegen das Reichszentrum durch einfaches „Bedauern“ ersetzt werde. Die schärfere Resolution Gauß wurde jedoch gegen eine schwache Minorität angenommen, womit die Vertretung Hagenaus auf dem Zentrums-Delegiertentag vom 11. dieses Monats im Sinne der Resolution vom Reichszentrum instruiert ist. — Ebenso wurde in Zabern in starkbesuchter Zentrumsversammlung „Protest erhoben gegen die Haltung des Reichszentrums“ und beschloffen, die elsass-lothringische Landespartei solle unter Verbehaltung des Namens Zentrum und des Programms „ihre absolute Unabhängigkeit vom deutschen Zentrum schärfer als bisher betonen“. Diese Versammlung stellte, um ganze Arbeit zu machen, gleich den Kandidaten für den Wahlkreis Zabern-Maurmünster zur bevorstehenden Landtagswahl in der Person des Zaberner Bütgermeisters Knöpfler auf.

Man muß darauf gefaßt sein, daß sich die Nachrichten in diesem Genre über die Stellungnahme der Zentrumsorganisationen im Lande folgen werden. Schon bereitet auch in Mühlhausen die „Oberelsässische Landeszeitung“ auf die Schwärzung vor, indem sie „aus parlamentarischen Kreisen“ (d. h. aus der Feder des Reichstagsabgeordneten Dr. Kießlin) einen Leitartikel über „Elsass-Lothringische Verfassung und politische Parteien“ veröffentlicht, worin nach einem Vorgesicht gegen die Sozialdemokratie der Zentrumsfraction des Reichstages in der bestmöglichen Weise der Prozeß gemacht wird. Der Artikel verlangt unter polemischen Ausfällen gegen die „Nölnische Volkzeitung“ eine „reine Scheidung der elsass-lothringischen Zentrumspartei vom deutschen Zentrum“, er erklärt es als unmöglich, noch weitere Beziehungen zu einer Fraction zu unterhalten, welche in der Vertretung unserer Volks- und Parteinteressen sich in ihrer Haltung durch dieselben Motive leiten ließ wie die Liberalen und zum Teil auch die Sozialdemokraten“ usw. Die Haltung der Zentrumspresse in Schwweizer, dem Wahlkreise des Abgeordneten Gauß, läßt keinen Zweifel, daß auch dort die nationalisistische Schilderhebung gegen das Reichszentrum mitgemacht werden wird.

Einspruch dagegen erhebt vom den Zentrumsblättern im Lande nur der in Straßburg erscheinende „Elsässer“ und die „Lothringer Volkstimme“ in Metz. Auch der „Elsässische Volksbote“ des Abgeordneten Delsor bemerkt gut kritisch mit trockenem Spott:

„Was aus dieser Partei werden soll, ist noch unklar. Wir glauben vorläufig nicht, daß sie ein langes Leben

haben wird. Denn wenn es nur eine Aktionsgemeinschaft sein soll, warum macht man solchen Amtam? Diese Aktionsgemeinschaft hat sich im Landesausdruck ja schon bewährt. Sollte diese neue Partei aber auch nur die geringste Frage über die Rufe der einzelnen Parteiorganisationen hinaus durchzuführen wollen, so werden diese letzteren sich dagegen auflehnen und das Ende der Herrlichkeit wird da sein. Wir stehen der Partei abwartend gegenüber. Arbeiter resp. kann sie wirklich zum Nutzen des Landes gemeinsame Arbeit leisten, dann soll sie ein willkommener Bundesgenosse sein.“

Wie der eigentliche Macher des Ganzen, der Landesausdrucksabgeordnete Blumenthal, in seiner „Volkspartei“ verkündet, will die „neue Partei“ in der Tat „die vorhandenen politischen Vereine vollständig intakt lassen“. So werden zum Beispiel „an dem Programm und den Statuten der Elsass-Lothringischen Volkspartei nichts geändert“ werden. Die Partei werde lediglich wie die Zentrumsorganisationen vor die Frage gestellt werden, „ob sie der neuen Partei behufs Unterstützung der von derselben übernommenen Aufgaben als Mitglied beitreten will“. Zum Beitritt läßt Blumenthal mit der Ungeniertheit, die diesen politischen Seitkämpfer auszeichnet, ganz besonders die — Altheutschen ein, indem er schreibt:

„Die neue Partei richtet sich gegen keine der bestehenden Parteien. (1) Sie hat insbesondere auch keine Spitze gegen die Altheutschen als solche, sondern auch die letzteren werden, falls sie das angestrebte Ziel mit uns verfolgen wollen, willkommen sein. Die Partei wird den berechtigten elsass-lothringischen Partikularismus pflegen, dessen Erhaltung und Ausbildung gerade bei den Ausnahmeständen, in welchen sich unser Land noch immer befindet, eine Notwendigkeit ist.“

Die Devise der „neuen Partei“ ist also dahin zu modifizieren: Elsass-Lothringen den Elsass-Lothringern — und auch den Altheutschen, wenn sie den Herren Blumenthal, Weiterle usw. zu Mandaten verhelfen wollen! Das einzig Feste in dieser Partei der Wirrnisse ist das „Ziel“ — die Mandate.

Man darf Delsor zustimmen; das „Ende der Herrlichkeit“ wird bald da sein!

### Der größte Dumpe im ganzen Land . . .

Im „Mutus“ schreibt der Herausgeber, der satfam bekannte Georg Bernhart, der zugleich bei Ulstein angestellt ist:

„Eine normale Entwicklung der Sozialdemokratie ist aber nun all denjenigen ein Dorn im Auge, denen es nicht auf den sozialen Frieden in unserem Volke ankommt, sondern die ein Interesse daran haben, im trüben zu fischen. Diesen Leuten erscheint auch mit Recht der gemäßigte Revisionismus als ein viel ärgerer Feind als der um sich schlagende und laut schreiende Radikalismus. Und es hat sich bei mir allmählich die feste Ueberzeugung (der Georg Bernhart und feste Ueberzeugung!) herausgebildet, daß von Seiten eines Teiles der extremen preussischen Konfessionen und den mit ihnen im Konnex stehenden Verwaltungskreisen alles getan wird, um den Radikalismus groß zu machen. Man läßt die radikale ausländische Sozialdemokratie ruhig im Lande, ohne sie anzuweisen, weil man weiß, daß deren Treiben die Sozialdemokratie diskreditiert und das Bürgertum verächtlich macht. Diese Ausländer bormehrlich propagieren in den politisch ungenießlichen Romanen immer wieder den Massenstreik und betreiben — durchaus gegen die Meinung sämtlicher verständiger Parteiführer — überlaute republikanische und antimilitaristische Propaganda.“

Es ändert an der Schufigkeit dieser Demunziation, an diesem Schrei der edlen Seele nach der Polizei nicht das geringste, daß diese Gemeinheit zugleich eine Dummheit ist. Denn gerade die ausländischen Genossen, deren Ausweisung der Obie empfehlen, sind außerhalb des Reichsbereichs der preussischen Polizei.

In übrigen ist der Bernhart nicht mal original. Vor einiger Zeit hat daselbe Demunziationsschreiben Herr Calver im „Tag“ verübt. Damals aber konnte man annehmen, daß es nur Dummheit war.

### Eine Demunziation.

Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei, heißt es in der Verfassung. Und wenn es sich um den Modernisteneid oder sonst ein Pfaffenzeugnis oder einen Professorenbispus handelt, kann man unsere braven Liberalen mit vollen Händen den Freidrang auf die Bindung und Voraussetzung bloße, auf die freie Wissenschaft anstimmen hören. Und unter dieser „freien“ Wissenschaft versteht man unsere offizielle Hochschullehrsamkeit, unter ihren Trägern die Herren Universitätsprofessoren. Dabei ist es notorisch, daß an unseren deutschen Universitäten kein Dozent gebildet wird, der sich unumwunden zur Sozialdemokratie bekennt. Er braucht nicht einmal Nationalökonom zu sein — selbst der Physiker Leo Kronz, dessen Lehrbuch doch wahrhaftig das Einschmuggeln unmissverständlicher Kontrobande kaum zugelassen hätte, wurde gemäßigelt!

Und wagt sich einmal an einer außerpreussischen Universität ein Dozent zu theoretischen Auffassungen zu bekennen, die sich bis zu einem gewissen Grade mit denen der Sozialdemokratie berühren, so darf man sicher sein, daß er von dem scharfmacherischen Vorkämpfer schleunigst demunziert wird. So gibt jetzt die „konservative Korrespondenz“ höchst merkwürdige Stellen aus den volkswirtschaftlichen Vorlesungen wieder, die Dr. Robert Wilbrandt, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Tübingen, veröffentlicht hat. Eine dieser Stellen lautet:

„Wenn man sich klar gemacht hat, daß Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend, Bettel, Verbrechen und Prostitution als periodische Begleiterscheinungen der kapitalistischen Arbeiterbeschäftigung und Entlassung je nach der günstigsten Kapitalverwertung notwendig auftreten müssen und sich daher mit Bestimmtheit erneuern werden, sobald die augenblicklich gerade ansteigende Konjunktur wieder fällt . . . so ist man geneigt gegen die Häuberkünste, welche die profitablere anderweitige Kapitalanlage in ein Juviel an Proletariern zu verhandeln und unsere Lehrbücher mit Ueberbülterungsfurcht zu behagen wußten, und man ist dann auch geneigt gegen den neuesten unfeindlichen und unbewußten Malthusianismus . . . Diese Tatsache, daß der Arme nur arbeiten kann, wenn sich dem Besitzenden eine Vermögensvermehrung dadurch bietet, daß der Arbeiter, anderer Hilfsmittel dar und auf die Arbeit beim kapitalbesitzenden Arbeitgeber angewiesen, von diesem notwendig sich all sein Arbeitsleben so einrichten, so vorzuteilen, so beherrschen lassen muß, daß seine conditione sine qua non die Kapitalverzinsung dabei herauskommt — da er sonst arbeitslos, dem Wetstein, Hungern oder Stehlen preisgegeben; und daß der Proletarier darum gezwungen werden kann, als Vorbedingung für sein eigenes Dasein eine Kapitalrente zu erarbeiten, eine für die Besitzer des Kapitals arbeitslos erzielte Rente — das alles steht schon in jenem Grundverhältnis. Es wird sich uns zeigen, daß eben dieses grundlegende Verhältnis auch bereits die Einschränkung aller Möglichkeit des Wessens und Reformierens innerhalb seines Selbst enthält, daß diese entscheidende Enge der Sozialpolitik üblichen Stils zu suchen ist in ihrem Wesen, Vorschriften zu erlassen über das Wie der Beschäftigung und für den Fall,

daß der Arbeiter beschäftigt wird, ohne dafür zu sorgen, daß er beschäftigt werde, und wir werden daher sehen, daß die Empörung dieser Klassen nur beseitigt werden kann durch Beseitigung eben jenes Grundverhältnisses, aus dem alles andere mit Notwendigkeit hervorgeht. (S. 115 ff.)“

Die Scharfmacher meinten, ein Mann, der — sei es auch in „etwas verwidelterem Stil“ — etwas derartiges schreibe, sei schon kein Kathedersozialist mehr, sondern ein Katheder-Sozialist. Ja mehr noch, solche Uebersetzungen könnten nur als Propaganda für die Sozialdemokratie, unter dem Deckmantel der Wissenschaft aufgeföhrt werden. Und dann kommt geradezu der Wind mit dem Scheunentor: „Es will und sehr fraglich erscheinen, ob eine derartige Uebersetzung sich mit der Stellung eines Lehrers der Wissenschaft an einer staatlichen Anstalt vereinbaren läßt.“

Kur gut, daß Wilbrandt an einer tübingenbergschen Universität lehrt und seine sozialistischen Ideen in einem wirklich „etwas verwidelteren“ Stil vertritt. In Preußen wäre es unmöglich!

### Die Volksschule eine Armenschule.

Daß die Volksschule gegenwärtig nichts ist als eine Armenschule ist von sozialdemokratischer Seite ja oft genug festgestellt worden. Da im preussischen Abgeordnetenhaus selbst freisinnige Abgeordnete, wie Herr Cassel, diese Tatsache zu bestritten wagten, ist es immerhin interessant, daß in einem Vortrag auf dem evangelisch-sozialen Kongress ein Schulmann, Seminardirektor Schurkat Muthesius-Weimar, ganz zu dem gleichen Urteil gekommen ist wie die sozialdemokratischen Kritiker. Er sagte u. a.:

„Zunächst besteht eine tiefe Kluft zwischen dem niedrigen und dem höheren Schulwesen. Unsere Schulen sind in ausgeprägtem Sinne ständlich gegliedert, und unsere Schulerziehung entspricht in keiner Weise dem Wille, das Rechte vor hundert Jahren von einer deutsch-nationalen Erziehung in blauen Farben entworfen hat. Die Volksschule droht eine reine Proletarierschule zu werden. Was sie an Volksschule vermittelt, wird von der oberen Gesellschaftsgruppe als Bildung im eigentlichen Sinne des Wortes nicht mehr anerkannt. Erst wer das sogenannte Einjährige erworben hat, tritt in die Reihe der Gebildeten ein. In der volkstümlichen Einrichtung, in dem auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Volkswehr scheidet er sich dann streng von der Masse der Ungebildeten. Die ganze dünne Schicht der höher Gebildeten ist ausgestattet mit allen gesellschaftlichen Vorrechten, und jeder Angehörige dieser Schicht wacht mit Eifersucht darüber, daß die Verächtingen, die ihm die Bildung verschaffen hat, nicht von irgend einem Eindringling durchbrochen werden. Ist ein Schulwesen, in dessen Organisation das Trennende viel schärfer hervortritt, als das Einigende, geeignet, ein sozialer Erziehungsfaktor zu werden? Und kann unser Lehrerstand in seiner Mehrheit heute dem gerecht werden?“

Herr Muthesius forderte, daß die Schule ein „Faktor der sozialen Erziehung“ werde, durch den die Schüler in ein „reges Gemeinheitsleben“ versetzt werden. Die Ansichten, die Herr Muthesius ausgesprochen hat, werden ja bekanntlich von sehr vielen Lehrern geteilt. Aber wenn man in diesen Kreisen zum Teil glaubt, daß eine durchgreifende Schulreform aus sozialpädagogischen Erwägungen und Idealen hervorgehen könne, so befindet man sich in einem schweren Jertum. Die Volksschule wird erst dann ihren Charakter als Armenschule verlieren, wenn das Proletariat selbst ein politischer Machtfaktor geworden ist, dessen Forderungen unbedingt Rechnung getragen werden muß. Bis dahin werden sich die privilegierten Schichten mit der äußersten Energie gegen die Bedrohung ihrer sozialen und materiellen Sonderstellung wehren.

### Das Zentrum auf Scharfmacherwegen.

In einer Notiz über die Vorkläre des hiesigen Zentrumsmanes Kern (Nr. 125 vom 31. Mai) erwähnte der „Vorwärts“, es sei ihm kein Zentrumsblatt zu Gesicht gekommen, daß den scharfmacherischen Ausführungen des genannten „Sozialpolitikers“ entgegengetreten sei. Wie uns die Redaktion des hiesigen „Volkstfreund“ mitteilt, hat dieses Blatt die Kernschen Ausführungen sofort nach ihrem Erscheinen abgelehnt, ebenso das „Zentrum“, das Organ des Windthorstbundes, in einem von dem Chefredakteur des „Volkstfreund“ gezeichneten Artikel.

Der Artikel des hiesigen Zentrumsblattes war uns nicht bekannt. Daß das Windthorstbundesorgan die Kernschen Ausführungen abgelehnt hatte, ist von uns erwähnt worden. Es bleibt also nachzutragen, daß sich von den ultramontanen Tagesblättern ein einziges gefunden hat, das den Scharfmachereien des hiesigen Zentrumsmanes entgegengetreten ist.

### Freisinniger Geldemut.

Man schreibt uns aus Danzig: Die gesamte bürgerliche Presse Danzigs hat die ungeheuerliche Behauptung des Schöffengerichtsvorsitzenden Assessor Warmbrunn von der Förderung des Weineides durch die Sozialdemokratie in der üblichen Weise totgeschwiegen. Nur der Danziger Freisinnig organisierten die Abrechnung mit dem politisierenden Assessor Warmbrunn durch eine Volksversammlung, die sich in dem Thema: „Christentum, Sozialdemokratie und Weineid“ auch mit dem gleichzeitig tagenden evangelisch-sozialen Kongress beschäftigten sollte. Nun ist eine der größten Plagen Danzigs die Handhabung der Plakatsur gegen die Sozialdemokratie durch den Verlag der freisinnigen „Danziger Zeitung“, der die städtischen Plakatsäulen gepachtet hat. Sozialdemokratische Plakate schlägt die Firma überhaupt nur noch an, wenn eine gefehlich nirgends geforderte polizeiliche Erlaubnis schriftlich beigebracht wird.

In diesem Falle fügte es jedoch das Schicksal, daß die Zensur nicht polizeilich, sondern nur freirechtlich liberal erfolgte. Die Plakate konnten nämlich überhaupt nicht angenommen werden, weil dafür an den Säulen zufällig kein Platz mehr frei war. Ein Inserat für die „Danziger Zeitung“ wurde jedoch gern angenommen. Nach kurzer Zeit erhielt indes unsere Parteileitung von der Redaktion der linksfreisinnigen Zeitung die Mitteilung, daß das Inserat nicht angenommen werden könne, wenn daraus nicht ein ansüßiger Satz entfernt werde. Trotz aller Vorstellungen mußte schließlich der Passus: „Eine sozialdemokratische Abrechnung mit dem Assessor Warmbrunn, der die Sozialdemokratie am 1. Juni als Vorkämpfer des Schöffengerichts der Förderung des Weineides beschuldigte“ gestrichen und durch die Fassung: „... mit denjenigen, die die Sozialdemokratie der Förderung des Weineides beschuldigen“ ersetzt werden. Trotzdem jedes Wort des ersten Textes durchaus der Wahrheit entspricht, fürchteten die freisinnigen Redaktionshelfen eine Verleumdungslage und knielten deshalb auch im Inseratentelle ungeniebt die unbecommene Wahrheit.

### Das Landratsamt als Reichsverbandssitz.

Im Auftrage des königl. Landrats Rehfeld besuchte vor etwa vier Wochen ein Gendarm des Landratsamtes Dannenberg (Provinz Hannover) die Gemeindevorstände verschiedener Dörfer. Den Vorständen wurde mitgeteilt, daß zu einer noch zu bestimmenden Zeit ein Redner des Reichs-

verbändes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Versammlungen abhalten wird; die Gemeindeverbände sollten zum Besuch der Versammlungen einladen und selbst daran teilnehmen.

Am 30. Mai erhielten die Gemeindeverbände ein Rundschreiben, das vom Landrat unterzeichnet war, in dem auf die Gefahren der immer mehr erstarkenden Sozialdemokratie hingewiesen wurde. In dem Schreiben wurde besonders betont, daß die Sozialdemokratie jetzt auch die Landarbeiter auf ihre Seite zu ziehen sucht. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sollten sich die Interessenten zusammenschließen; zu diesem Zwecke wurde eine vertrauliche Versammlung für Freitag, den 2. Juni nach Dreieichen einberufen. Dieses Schreiben an die Gemeindeverbände hatte dieselbe amtliche Form, wie die sonst üblichen amtlichen Schreiben. Zwar soll ein preussisches Landratsamt ein vollständig unpolitisches Institut sein, aber die Bekämpfung der Sozialdemokratie und ebenfalls des Freisinn, dort wo er vorhanden, scheint mit zu den amtlichen Beschäftigungen des Landrats zu gehören.

Was amtlich ist, kann nicht politisch sein, — also hat der Minister recht. Die preussischen Landräte treiben als solche keine Politik. Die Sozialdemokratie wird auch den Landrat noch zu ertragen wissen, selbst wenn er Arm mit den Wahrscheinlichkeiten des Reichsverbandes anruft.

### Kirchlich-sozialer Kongress.

Der Kirchlich-soziale Kongress, dessen Vater Adolf Stöcker ist, hielt vom 6. bis 8. Juni seine alljährliche Tagung, es war die sechzehnte, in Nürnberg ab. Die Tagung war fast ausschließlich von Theologen besetzt, nur einzelne christliche Arbeitersekretäre und sonstige Interessenten waren anwesend. Unter den zahlreich eingelaufenen Zuschriften waren solche vom Reichsminister, vom Kolonialamt, von verschiedenen Handelskammern und vom Reichsversicherungsamt. Die Eisenbahndirektion Nürnberg war durch einen Beamten vertreten. Selbst der ehemalige bayerische Minister, jetziger Ministerpräsident Herr v. Crailsheim, der neben seiner Ministerpräsidentschaft noch ganz ungewöhnlich hohe Kantien (Babische Anstalt) bezieht, hat den Kongress antelegraphiert. Auf der Tagesordnung standen Referate über: „Theologie und Kirche“, Referent Dr. Hünzinger-Erlangen; „Die soziale Lage der Schauspielerinnen“, Referent Pfarrer Hans Elger-Wehringhausen; „Staatsarbeiterverbände“, Referent Karl Hofer-Eberfeld; Ferner: „Die Heimarbeitbewegung“, Referent H. v. Middel-Döberitz, und „Die soziale Bedeutung des Mittelstandes“, Referent Dr. Wienel, Syndikus der Handelskammer Hannover.

Vertreter des Evangelisch-sozialen Kongresses (Harnack) und des Evangelischen Bundes versicherten, daß sie im Grunde die gleichen Ziele als der Kirchlich-soziale Kongress verfolgen. Man versicherte in den Begrüßungsreden, daß man durch gemeinsame Arbeit den „Gegner“ überwinden („Damit meint er mir!“ können mit Wohlgefallen die Sozialdemokraten sagen.) und der lobkranken Zeit Heilung bringen werde. Dr. v. Seeberg-Berlin glitzerte bei anderer Gelegenheit ein Wort Gabels, das vielleicht hier passend ist, nämlich: „Erst wenn es Abend wird, beginnt die Gule ihren Flug“.

### Militärjustiz.

Am 1. April d. J. hatten die Kanoniere Wilhelm Seidel, Johann Niesel und Adam Görath der 3. Batterie des 10. Bayerischen Feldartillerie-Regiments in Erlangen bis nachts 12 Uhr Urlaub. Beim Nachhausegehen, kurz vor 12 Uhr, wurden Niesel und Görath auf dem Kasernenhofe durch den Trompeter Unteroffizier Weder angehalten, weil sie saßen. Die Soldaten waren etwas angegrünelt und reagierten nicht sogleich auf den vom Unteroffizier gegebenen Befehl, ruhig zu sein. Der Unteroffizier Weder befahl hierauf barsch, die Leute mögen mit auf die Wache gehen. Dies hörte Seidel, der eben dazu kam. Seidel, der ebenfalls angegrünelt war, rief den Kameraden zu: „Wir gehen nicht mit, wir laufen aus!“ Hierauf liefen die Soldaten in die Kaserne. Unteroffizier Weder ging den Leuten nach und traf in der Kaserne auf Niesel, den der Unteroffizier das Seitengewehr abnehmen wollte. Niesel wollte dies verhindern. Das war Widerlegung. Seitens Niesel hatte Niesel dann anstandslos angegeben. Inzwischen kam Seidel wieder dazu, sagte den Unteroffizier an einen Knopf des Woffenrocks, und sagte in kameradschaftlichem Ton: „Was wollen Sie eigentlich, glauben Sie, ich, als alter Mann, bin auch so dumm“, danach sagte Seidel hinzu Parole 150 und machte dabei, an die Wache greifend eine ironische Verbeugung. Dies war alles, dem Unteroffizier wurde kein Haat gekrümmt. Dafür bekam Seidel wegen Aufbegehung, Widerlegung, Achtungsverletzung und Verdröhung 6 Jahre Gefängnis. Niesel bekam wegen Ungehorsam und Widerlegung 1 Jahr 3 Monate Gefängnis; Görath wegen Ungehorsam und Achtungsverletzung 28 Tage strengen Arrest. Die Strafen sind so ungeheuerlich, daß jeder Kommentar überflüssig erscheint.

### Der Aufstand in Albanien.

Die optimistischen Hoffnungen, die namentlich in Deutschland, an das Regime der Jungtürken geknüpft werden, stellen sich immer mehr als eitel heraus. Das hat für den nichts Ueberraschendes, der sich die ungeheueren Schwierigkeiten vergegenwärtigt hat, mit denen die Begründung einer modernen zentralisierten Staatsmacht in der national und konfessionell zerklüfteten Türkei mit ihren einander beschneidenden Stämmen, die auf den verschiedensten Stufen der ökonomischen Entwicklung vom Nomadentum bis zum Kapitalismus stehen, zu kämpfen hat. Je mehr aber die inneren Wirren zunehmen, desto mehr wächst auch die Gefahr auswärtiger Interventionen. Der jüngste russische Vorstoß schon hat bewiesen, daß die Diplomaten des Jarrismus die Zeit gekommen glauben, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumengen. Und nun meldet sich auch der österreichische Imperialismus zum Wort. In einem Artikel des „Fremdenblatts“, dem Organ des Auswärtigen Amtes heißt es:

Die ersten Nachrichten, die aus Albanien kämen, seien geeignet, die Hoffnungen herabzusetzen, daß diesem Lande nach zwei Jahren endlich die Wohlthat des Friedens beschieden werde. Die türkische Regierung habe die Unterdrückung, welche die mohamedanischen Albanesen der Begründung des konstitutionellen Regimes leisteten, mit Undank gelohnt. Dies habe zum Aufstand im Frühjahr 1910 geführt. Die Art der Unterdrückung und die darauf eingeleitete Entwaffnungsaktion hätten den Boden für die gegenwärtige Erhebung vorbereitet. Schon angeht die unzulässigen Hatten jener vorläufigen Regierungskommision in Albanien habe die österreichisch-ungarische Diplomatie auf den zweifelhaften Wert einer Unternehmung aufmerksam gemacht, deren Erfolg nicht die Unterwerfung des albanesischen Gebietes unter den türkischen Staatsgedanken, sondern nur das große Verklümmen einer Nation sein konnte, mit deren Treue der Bestand der europäischen Türkei verknüpft sei. Dennoch habe die türkische Regierung dem neuerlichen Aufstand der Albanesen gegenüber an der Methode schonungslos Energie fest. Vielleicht werde die jetzt gemeldete Bewegung unter den Wirriditen dazu beitragen, daß das Konstantinopeler Kabinett endlich die Zweckmäßigkeit seiner albanesischen Politik und die guten Absichten der wiederholten Rückschläge Oesterreich-Ungarns erkenne. Die besondere Eigenart der albanesischen Stämme erhebe eine besondere Be-

handlung im Sinne einer aufgeklärten und wahrhaft liberalen Regierung. Das albanesische Volk dürfe nicht gebeugt, sondern müsse befreit werden. Die Hebung des wirtschaftlichen Wohlstandes sei das beste Mittel, um Albanien an das osmanische Reich zu schmiegen. Das lebhafteste Interesse, mit welchem die öffentliche Meinung in Oesterreich-Ungarn die letzten Peripetien der türkischen Politik in Albanien verfolgte, entspreche nicht nur den guten Einnahmen der Monarchie für das osmanische Reich, sondern auch ihren alten Sympathien für die Albanesen aller drei Konfessionen, insbesondere auch noch dem Protektorat, das sie über den Katholizismus in Albanien ausübe. Wenn Oesterreich-Ungarn auch die albanesische Frage immer für eine innere Angelegenheit der Türkei erklärt habe, so berechtigten doch der Wunsch nach dem Fortbestehen der europäischen Türkei und die traditionellen Beziehungen zu den Albanesen die Diplomatie der Monarchie, ihre Ansicht über eine Politik zu äußern, die zu unhaltbaren Zuständen geführt habe.

Der Ton, der hier angeschlagen wird, unterscheidet sich in seiner Schärfe kaum von dem der russischen Note. Und die Einmennung Oesterreichs ist um so bedenklicher, da Albanien ein altes Streitobjekt zwischen Oesterreich und Italien bildet, die beide aus dem Erbe der Türkei Stücke Albanens sich angleichen möchten. Die offiziöse Auslassung spricht offen von „unhaltbaren Zuständen“ und deutet ziemlich unverbürgt darauf hin, daß der Bestand der europäischen Türkei gefährdet sei. Sicherlich ist der nächste Zweck dieser offiziellen Fanfare nur der, den Verlust des mit allen Mitteln einer oft sehr strupellosen Propaganda erreichten Einflusses in Albanien zu verhindern und den Albanern zu zeigen, daß Oesterreich sie vor allzu großer türkischer Energie zu schützen bereit ist. Aber die türkischen Verhältnisse sind verworren genug, um jede Intervention über ihren nächsten Zweck hinauszutreiben und Komplikationen herbeizuführen, die den Frieden auf dem Balkan bedrohen. Der Krieg auf dem Balkan aber könnte kaum lokalisiert bleiben, und so bedeutet die Schwäche der Türkei zugleich den schwachen Punkt des europäischen Friedens.

### Eine Intervention der Großmächte.

Konstantinopel, 8. Juni. Mehrere Botschafter intervenierten neuerdings bei der Porte wegen des albanesischen Aufstandes und gaben derselben den dringenden Rat, durch Gewaltführung der von den Albanesen geforderten und von den Mächten als berechtigt anerkannten Reformen der Aufstandsbewegung ein schnelles Ende zu bereiten.

### Frankreich.

#### Stellung der Vertrauensfrage.

Paris, 8. Juni. Im Ministerrat wurde heute der Inhalt der Erklärungen festgesetzt, die der Finanzminister Caillaux abgeben soll für den Fall, daß sich heute die Kammer mit dem Vorschlag befassen sollte, die gegenwärtig bestehenden Gebietsabgrenzungen aufzuheben. Das Kabinett wird sich danach jedem Vorschlag dieser Art widersetzen und die Vertrauensfrage stellen. Die Regierung würde sich aber damit einverstanden erklären, daß in Zukunft keine neuen Gebietsabgrenzungen mehr vorgenommen werden sollen.

#### Die Wingerbewegung und das Ministerium.

Paris, 8. Juni. Bei der gestrigen Debatte über die Abgrenzungsfrage ist deutlich gutige getreten, daß die Mehrheit der Kammer für Abschaffung jeder Abgrenzung ist, und daß dem Ministerium leicht ernste Schwierigkeiten erwachsen könnten, wenn es dieser Stimmung nicht Rechnung trüge. Jaurès erklärte in der „Humanité“: Wenn das Ministerium, dessen Lage durch die Krankheit seines Oberhauptes ohnehin schwierig ist, nicht in allen großen Fragen einmütig und geschlossen vorgeht, dann tauchen immer wieder Mißlichkeiten auf, und die gesunden Kräfte nehmen in bedenklicher Weise zu.

Die Deputierten des Audo-Departements, Paul Reunier und Vachimont, haben eine Resolution eingebracht, in der die Abschaffung der Abgrenzung befürwortet und die Regierung aufgefordert wird, die Verlautbarung des neuen Gesetzes über die Abgrenzung aufzuschieben. Diese Resolution wird vielleicht schon am Schlusse der heutigen Kammer Sitzung zur Erörterung gelangen.

Die Wingerausschüsse von Bar-sur-Aube und Bar-sur-Seine haben in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung einen Beschlus Antrag angenommen, in dem die Entscheidung des Staatsrats als unangelegentlich und demütigend abgelehnt wird, da die Zonenabteilung niemals bestanden habe. Ferner werden die Parlamentsvertreter des Bezirks aufgefordert, für die Abschaffung der Abgrenzung überhaupt einzutreten. Zum Schluss wurde an die Winger die Mahnung gerichtet, sich ruhig zu verhalten.

### Portugal.

#### Die Anerkennung der Republik.

Washington, 7. Juni. Die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten in Lissabon hat Stellung erhalten, die portugiesische Regierung im Namen der Vereinigten Staaten gleich nach Annahme der neuen Verfassung durch die konstituierende Versammlung offiziell anzuerkennen.

### Rußland.

#### Die Mißhandlung der Ausländer.

Peking, 8. Juni. Der deutsche und der französische Geschäftsträger haben auf der russischen Gesandtschaft lebhaften Protest gegen die ungerechtfertigte Behandlung ihrer Staatsangehörigen durch die russische Eisenbahnbehörde einer mandchurischen Stadt erhoben. Die russischen Beamten waren in die Bureau des betreffenden fremden Staatsangehörigen eingebrungen, weil diese sich geweigert hatten, die erhöhte Tage, welche die Eisenbahnbehörde einheben wollte, zu bezahlen.

### China.

#### Die Verfassungsbewegung.

Peking, 8. Juni. Der Verband der Provinzialkomitees hat sich an den Thron mit einer Petition gewandt, in der auf die Inzulässigkeit hingewiesen wird, die darin liegt, daß an der Spitze des Kabinetts ein Mitglied des Kaiserhauses setze, wodurch die Verantwortlichkeit des Kabinetts ausgeschlossen sei.

### Marokko.

#### Das Vorgehen Spaniens.

Madrid, 8. Juni. Eine Meldung aus Tanger besagt, daß der spanische Truppenzug um Tetuan derartig eng ist, daß jederzeit die Besetzung der Stadt durch die Spanier erfolgen kann. Schon jetzt befindet sich Tetuan vollkommen in den Händen der spanischen Truppen, wenngleich diese selbst die Stadt noch nicht betreten haben. Gegenwärtigen Widerstand haben sie bei einem Einzug nicht zu befürchten; sie können ohne jeden Fährtenbruch in Tetuan einrücken, sobald es der spanischen Regierung notwendig erscheint.

### Mexiko.

#### Ein Manifest Maderos.

Mexiko, 8. Juni. Madero hat einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, in dem er die Hoffnung ausspricht, die mexi-

kanische Revolution werde die Völker Süd- und Mittelamerikas veranlassen, nach der politischen Freiheit zu trachten. Der Geist der Freiheit sei noch nicht befriedigt. „Wie alle“, fährt die Adresse fort, „werden nicht glücklich sein, bevor nicht die Demokratie auf dem ganzen amerikanischen Festland zu Herrschaft gelangt ist.“

## Aus der Partei.

### Das Nachspiel zur Stuttgarter Bürgermeisterwahl.

Ueber die Stellungnahme der Stuttgarter Organisation zur Bürgermeisterwahl wird uns aus Stuttgart geschrieben:

In zwei Versammlungen, am 29. Mai und am 2. Juni, zogen die Stuttgarter Parteigenossen das Fazit der Wahl und ihrer gleichzeitigen Ereignisse. Beide Versammlungen waren überfüllt, denn immer stärker trat in die Erscheinung, daß die durch die Wahl erzeugte Stimmung, die Begeisterung für die sozialdemokratische Kandidatur, die Enttäuschung über die Niederlage des Kandidaten, dazu benützt werden sollte, die Stuttgarter Parteileitung zu fügen.

In dieser Situation fanden die beiden Parteiverfassungen am 29. Mai und am 2. Juni statt. Die Parteileitung, unterstützt von den Vertrauensmännern, war gezwungen, eine klare Entscheidung herbeizuführen, so oder so! Parteileitung und Vertrauensleute legten demgemäß eine Resolution vor, die in ihrem entscheidenden Teile auspricht:

„Der proletarische Klassenkampf ist und bleibt der unerschütterliche Boden für die Kämpfe und die Tätigkeit der Parteiorganisation und der sozialdemokratischen Vertreter auf allen Posten. Die Versammlung betont daher, daß es die selbstverständliche Pflicht aller Genossen ist, Arbeit und Kampf in strenger Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie zu halten und die Beschlüsse der Parteitage und der Organisation unverbrüchlich zu beachten.“

Dieser Resolution setzten die Genossen Reichstagsabgeordneter R. Hildenbrandt und Landtagsabgeordneter, Gewerkschaftssekretär Mattutat eine zweite entgegen, in der dem Genossen Dr. Lindemann Dank ausgesprochen, dem Stuttgarter Korrespondenten auswärtiger Parteiblätter, die Kritik an der Art der Auffassung Dr. Lindemanns geübt bezog, vor dem Experiment gewarnt hatten, eine „entscheidende Zurückweisung“ ausgesprochen wird usw. Beide Parteiverfassungen waren überfüllt, in der zweiten waren weit über 1000 Personen anwesend. Die Bedeutung der von den Parteigenossen zu treffenden Entscheidung wurde von den Rednern beider Richtungen in schärfler Form erläutert. Die von der Parteileitung vorgelegene schriftliche Abstimmung mußte, nachdem sie bereits begonnen hatte, wieder aufgehoben werden, weil festgestellt worden war, daß eine Anzahl Parteigenossen in den Besitz mehrerer Stimmzettel gelangt war. Die Abstimmung erfolgte sodann durch Handaufheben und Auszählung. Sie ergab die Annahme der Resolution der Parteileitung und der Vertrauensmänner mit 598 Stimmen. Die Hildenbrandt-Mattutat'sche Resolution fand bei 451 Genossen Unterzeichnung. Ein Teil der Parteigenossen hatte sich leider bei Beginn der schriftlichen Abstimmung entfernen müssen, um noch Fahrgelegenheit in die Vororte zu finden. Rechnet man die von diesen schriftlich abgegebenen Stimmen hinzu, so fallen auf die Resolution der Parteileitung 623 Stimmen, auf die Hildenbrandtsche Resolution 478 Stimmen.

So gering die Mehrheit für die Erklärung der Parteileitung auf den ersten Blick scheint, angesichts der überaus heftigen Agitation gegen die Parteileitung, wie sie seit Monaten betrieben worden ist, und auch angesichts der für die Parteileitung schwierigen, für die Gegner der Parteileitung außerordentlich günstigen Situation bedeutet die Abstimmung ein Vertrauensvotum für die Parteileitung und die von ihr vertretenen Grundsätze, wie es bestimmter nicht gedacht werden kann. Daran ändern auch alle Verluste, das Resultat der Abstimmung anzuzweifeln, gar nichts.

Es ist zu hoffen, daß nunmehr endlich Ruhe eintritt in der Organisation, schon in Rücksicht auf die nicht bevorstehenden schweren Kämpfe mit den bürgerlichen Gegnern, denen die Partei entgegengeht. Die Parteileitung hat deshalb, wie aus einer Erklärung in der „Schw. Tagwacht“ hervorgeht, beschlossen, auf alle Preßangriffe in der Parteipresse und auch in den bürgerlichen Blättern, die schon wieder einlegen, wenn irgend möglich nicht zu antworten. Sie glaubt damit dem Willen der übergroßen Mehrheit der Parteigenossen Rechnung zu tragen.

Soweit unser Korrespondent. Wir können uns seinem zuletzt geäußerten Wunsche nur dringend anschließen. Es ist kein Zweifel, daß in der Gesamtpartei die Meinung fast einhellig dahin geht, daß jeder Parteigenosse, er werde von der Partei auf welchen Posten immer gestellt, an die Einhaltung der grundsätzlichen Parteibeschlüsse gebunden bleibt. Ebensovienig kann geäußert werden, daß wie die Reichstagsfraktion dem Gesamtparteitag, die Landtagsfraktionen den Landesparteitagen in erster Linie verantwortlich sind, so auch die Rathhausfraktion und event. der Bürgermeister für ihr Verhalten in grundsätzlicher politischer Beziehung in Uebereinstimmung mit der lokalen Organisation bleiben muß, unbeschadet dessen, daß natürlich der Reichsparteitag in allen grundsätzlichen Parteifragen die letzte entscheidende Instanz ist. Die Stuttgarter Versammlung, die des Genossen Lindemann Kandidatur aufstellte, beging den Fehler, einen zweideutigen Beschluß zu fassen, der so ausgelegt werden konnte, als ob die grundsätzlichen Parteitag- und Organisationsbeschlüsse für einen Genossen, der in ein bestimmtes Amt gewählt würde, ihre Geltung verlieren würden. Diese Zweideutigkeit ist durch den Beschluß der letzten Stuttgarter Versammlung beseitigt, und dieser Beschluß ist deshalb in den meisten Kreisen der Partei mit Befriedigung aufgenommen worden. Er gibt der Partei, was der Partei ist und deutet von vornherein unklare Situationen vor, die in ihren letzten Konsequenzen der Partei zum Schaden gereichen würden. Eben deshalb aber möchten wir wünschen, daß damit auch das letzte Wort gesprochen sei, und daß nicht eine wichtige und im ganzen und großen wärbig diskutierbare und erledigte Parteiangelegenheit auf das persönliche Gebiet verschleppt und zum Gaudium der Gegner ins Endlose gezerrt werde. Dazu ist die politische Situation denn doch nicht angetan und der württembergische Boden von den Gegnern zu heiß umritten. Deshalb bebauern wir außerordentlich, daß die „Stuttgarter Tagwacht“ Erklärungen Raum gibt wie der des Genossen Hoffmann, der seiner sehr subjektiven Ansicht dahin Ausdruck gibt, daß ein anderer Abstimmungsmodus ein anderes Ergebnis gezeitigt hätte. Diese Meinung wird sicherlich nicht viel Anhänger gewinnen, sie ist geeignet, persönliche Erbitterung zu wecken und einen abgeschlossenen Streit neu aufzurühren. Damit wird aber weder der Stuttgarter noch der Gesamtpartei ein Dienst erwiesen.

Personalien. An Stelle des aus der Redaktion des „Raris-rüber, Volksfreundes“ ausgeschiedenen Genossen Weismann ist Genosse Eugen Kirchpfeiffer aus München, bisher Parlamentsberichterstatter und Mitarbeiter der „Münchener Volk“, getreten. — Genosse Robert Grösch hat das Gefängnis in Gwölk, wo er sechs Monate zubringen mußte, weil sich Staatsanwalt und Richter eines ostpreussischen Städtchens durch einen Artikel der „Volkzeitung“ beleidigt gefühlt hatten, am Dienstag verlassen.

# Gewerkchaftliches.

## Eine Auflage von 50 000

hat jetzt die Verbandszeitung des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter erreicht. Die Organisation der Brauerei- und Mühlenarbeiter wurde 1891 aus dem früheren unternehmerfreundlichen Verband der Brauer geschaffen und 1893 auf alle Brauerei- und Mühlenarbeiter ausgedehnt. Mit kaum 1000 Mitgliedern begann sie ihre Wirksamkeit. Die Entwicklung der Organisation an der Spitze der Verbandszeitung (früher Brauerzeitung oder Brauereiarbeiterzeitung) gemessen, war folgende: Auflage 1892: 3000, 1897: 8400, 1902: 15 300, 1907: 39 200 und jetzt 50 200. Im Oktober 1910 kamen die Mühlenarbeiter hinzu, wodurch sich die Auflage der Verbandszeitung von 44 600 auf 49 000 hob. Der Aufstieg war ein stetiger und zeugt von einer gesunden Entwicklung der Organisation trotz der großen Kämpfe, die sie im Laufe der Jahre zu bestehen hatte. Die letzten größeren waren die von Hamburg 1904 und Rheinland-Westfalen 1905, bei denen zusammen über 2000 Mann monatelang im Kampfe standen.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Streik in den Eisenkonstruktionsbetrieben.

Die Erwartung, daß die wieder aufgenommenen Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen würden, hat sich nicht erfüllt. Am Mittwoch wurden die Beratungen, die am Freitag vor Pfingsten beendet werden mußten, fortgesetzt. In der Berichterstattung über die Streikversammlung, die am Donnerstag nachmittag in den „Pharusälen“ stattfand. Die Unternehmer machten nur in Bezug auf die Uebereinstimmung bei Affordarbeiten Zugeständnisse. Die 20 Proz. Erhöhung, die bisher von der Affordzusage in Abzug gebracht wurden, sollen in Zukunft zum Afford zugeschlagen werden, wie sich das eigentlich von selbst versteht. Betreffend die Aufrechnung der Ueberschüsse machten die Unternehmer noch die folgenden Vorschläge: „Affordüberschüsse dürfen gegen Ueberschüsse verrechnet werden, wenn die Ausführung der betreffenden Arbeiten — zeitlich, wenn auch nur teilweise — zusammenfällt, also die Gefahr von Lohnverschiebungen vorliegt. Spätestens nach Schluß jedes Kalenderjahres sind alle vollständig erledigten Afforde zu verrechnen, der event. Gewinnüberschuss ist an die Arbeitnehmer auszugeben und der event. sich ergebende Verlust vorzutragen. Das am 30. Juni und am 31. Dezember sich ergebende Verlustsaldo wird geteilt.“

Ferner wurde vorgeschlagen, daß als „notwendig“ anerkannt wird, daß die Afforde für jede selbstständig arbeitende Gruppe getrennt festgelegt werden, vorher hieß es in dieser Beziehung nur „wünschenswert“.

Darüber hinaus wollten die Unternehmer in der Affordfrage nicht gehen, und im übrigen wollten sie über die „Zugeständnisse“ der ersten Verhandlung hinaus nicht das geringste bewilligen, obgleich die Vertreter der Arbeiter in jeder Weise sich bemühten, einen Weg der Verständigung zu finden. Sie fanden keinerlei Entgegenkommen, als sie vorschlugen, die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für einen späteren Termin festzulegen und die Festsetzung von Mindestlöhnen betriebsweise zu regeln. Die Unternehmer beharrten dabei, daß sie nichts weiter bewilligen könnten, und daran scheiterten die Verhandlungen.

Die Streikenden, die so zahlreich erschienen waren, daß der große Saal nicht Platz genug bot, erklärten einstimmig, daß sie von dem Ergebnis der Verhandlungen in keiner Weise befriedigt seien, und daß sie im Streik verharren werden, um ihren bescheidenen Forderungen Geltung zu verschaffen. Die Aufnahme weiterer Verhandlungen hängt ganz davon ab, ob die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse zu machen bereit sind.

Die öffentliche Anzeige der Unternehmer, in der der Streik mitgeteilt wird, daß alle Lieferungen vom 2. Juni ab eingestellt würden, kam noch zu einer näheren Erörterung in der Versammlung. Nach Ansicht der Streikenden handelt es sich hierbei um einen schlaun Schachzug des Verbandes der Metallindustriellen, der versuche, den Bauherren die ganze Angelegenheit zuguschieben. Die Metallindustriellen hoffen auf schwere Differenzen im Baugewerbe, die durch das Stillliegen der Eisenkonstruktion auf den Bauten entstehen würden. Ein Teil der betroffenen Firmen gehört nämlich nicht dem Verbande der Metallindustriellen an, und der Verband will für diese Firmen nicht die Kauttionen aus dem Feuer holen und möchte die Angelegenheit auf die Bauherren abwälzen. Nach außen hin legt er sich freilich ins Zeug für alle betroffenen Firmen. — In Wirklichkeit sind die Lieferungen der Firmen nicht eingestellt worden, sondern jede versucht mit allen zu Gebote stehenden Kräften die Lieferungen fortzusetzen.

#### Der Streik der Bauklemmpner Groß-Berlins.

Wie der Monatswechsel, so ist auch das Pfingstfest vorüber gegangen, ohne daß, sei es auch nur ein einziger von den streikenden Bauklemmpnern abtrünnig geworden wäre. Diese Tatsache konnte der Referent Dietrich in der Streikversammlung feststellen, die gestern vormittag wiederum den großen Andreas-Festsaal füllte. Ja, die Reihen der Streikenden sind noch stärker geworden, indem eine Anzahl von Leuten, die als Arbeitswilige tätig waren, die Bauten verlassen hat. Andererseits ist es bedauerlich, daß, wie der Redner bemerkte, hier und da Nachbedenker sich herbeilassen zu Arbeiten, die sonst immer von den Bauklemmpnern ausgeführt werden. Die Streikenden erwarten, daß dergleichen von jetzt ab unterbleibt. — Im übrigen suchen die Unternehmer noch immer, ihre elliigen Arbeiten durch Kleinmeister des Klempnergewerbes fertigstellen zu lassen und bieten ihnen 1,25 M. und mehr Stundenlohn, wenn sie sich nur zu der Streikarbeit hergeben wollen. Auch tauchen hier und da neue Kleinmeister auf, „selbständige“ Streikbrecher, die wieder zugrunde gehen werden, sobald der Kampf beendet sein wird, so weit sie nicht schon früher dahin kommen, die Finger davon zu lassen. Ferner wurde berichtet, daß die Unternehmer, die offenbar sehr im Druck sind, von auswärts eine größere Anzahl Streikbrecher heranzuziehen suchen. Es ist jedoch von der Streikleitung und dem Metallarbeiterverband schon Vorkehrungen getroffen, daß der Plan nicht gelingt.

Die Unternehmer haben von neuem eine Versammlung abgehalten und auch wiederum das Bedürfnis gefühlt, die Meisterchaft durch Zirkular von der für sie, wider jedes Erwarten außerordentlich günstigen Lage des Kampfes zu unterrichten. Daß es so „günstig“ sieht für die Arbeitgeber, ist, wie das Zirkular sagt, dem Umstand zu verdanken, daß sie von Behörden und Privaten unterstützt werden. Aber weiter sagt das Zirkular, daß die im Bericht des „Vorwärts“ am 3. Juni wiedergegebene Behauptung, in der Arbeitgeberversammlung am 31. Mai wäre eine ziemlich scharfe Opposition gegen die weitere Fortsetzung des Kampfes hervorgetreten, unklar sei von Anfang bis Ende. Demgegenüber erklärte Dietrich nun in der Versammlung, daß die Unwahrscheinlichkeit durchaus auf Seiten des Zirkulars liege. Es seien Herr Weich von der Firma Weich u. Samed, dann Herr Staudt sowie einige andere, und zwar der Zirkular angehörige Arbeitgeber, die in jener Versammlung für die Beendigung des Kampfes eintraten. Herr Weich hatte vordem mit dem Redner sowie vier anderen Vertretern der Streikenden eine Besprechung gehabt und dabei gefragt, unter welchen Bedingungen eine Beendigung des Kampfes möglich wäre. Er hatte die Antwort erhalten, daß vielleicht bei Festsetzung des Stundenlohnes auf 77½ und 80 Pf. sowie einigen anderen kleinen Zugeständnissen eine Verständigung möglich gemacht werden könnte, und Herr Weich hatte darauf erklärt, daß er in der Arbeitgeberversammlung für den Vorschlag eintreten werde, was dann auch geschehen ist. Nun aber hat Herr Weich der Streikleitung ein Schreiben geschickt, worin er bestreitet, jenes Gespräch mit den Vertretern der Streikenden geführt zu haben. Das ist um so merkwürdiger, als ja außer dem Referenten noch vier Zeugen dabei waren. Es ist auch gar nicht daran zu zweifeln, daß in den Kreisen der Meister immer stärker werdendes Bedürfnis nach Friedensschluß vorhanden ist, wenn man sich auch so sehr bemüht, den Schein der Einmütigkeit aufrechtzuerhalten.

Wie das Lohnkommissionsmitglied Diesner noch mitteilte, wird eine ganze Anzahl von Arbeitgebern, die 3 bis 5 Mann zu beschäftigten pflegen, zu den Versammlungen der Arbeitgeber nicht eingeladen, und zwar deswegen nicht, weil sie zur Opposition gehören, die auf Beendigung des Kampfes drängt. — Wenn in dem erwähnten Zirkular die Einmütigkeit der Streikenden angezweifelt wird, so ist das eben auch nur darauf berechnet, den Mangel an Einmütigkeit in den eigenen Reihen zu verschleiern.

**Metallarbeiter!** Bei der Firma Gräfin, Lichtgesellschaft, Alexandrinenstr. 106, befinden sich die Kollegen im Streik. Diese Firma ist für Metallarbeiter jeder Branche gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband (Ordnungsverwaltung Berlin).

#### Streik der Parkettbodenleger.

Am Mittwoch beschloß eine stark besuchte Versammlung der Parkettbodenleger den Streik, der denn auch sofort begann. Die Ursache des Streiks ist folgende: Im Jahre 1904 wurde mit den Fabrikanten ein Tarif abgeschlossen, der aber in den Krisenjahren 1907/08 von den Fabrikanten nicht innegehalten wurde. 1909, als die Geschäfte wieder besser gingen, kam eine Vereinbarung zustande. Die Fabrikanten verpflichteten sich, den Tarif von 1904 wieder zu zahlen, mit der Ausnahme, daß die Grundposition von 90 Pf. pro Quadratmeter auf 80 Pf. herabgesetzt werde. Vom 1. April 1910 ab sollte aber — so lautete die Vereinbarung — der Tarif wieder in allen Punkten voll bezahlt, also die Grundposition wieder auf 90 Pf. erhöht werden. Diese Verpflichtung haben die Fabrikanten nicht innegehalten, die 90 Pf. sind nicht bezahlt worden. Der Geschäftsgang im vorigen Jahre war nicht so günstig, daß die Arbeiter die durchgängige Bezahlung der 90 Pf. hätten erzwingen können. Jetzt, wo die Konjunktur wieder besser ist, soll die Durchführung des Tarifs erkämpft werden. Deshalb wurde der Streik beschlossen.

In der am Donnerstag abgehaltenen Versammlung der Streikenden konnte festgestellt werden, daß fünf der größten Firmen die Forderungen bewilligt haben. Bei zwei Firmen, Elbinger und Kampfmeyer, hat sich nur ein Teil der Arbeiter dem Ausstände angeschlossen. Die Unorganisierten sind bei diesen beiden Firmen als Streikbrecher in Arbeit geblieben. Es wird natürlich versucht werden, sie zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. In den übrigen Betrieben ruht die Arbeit vollständig. Es ist Aussicht vorhanden, daß der Streik in kurzer Zeit mit einem Erfolge der Arbeiter enden wird.

**Der Tarifvertrag der Steinholzleger Groß-Berlins,** der vor zwei Jahren abgeschlossen wurde, läuft, wenn er von der einen oder anderen Partei rechtzeitig gekündigt wird, mit dem 31. Juli dieses Jahres ab. Mit der Frage einer Revision des Tarifvertrages befaßten sich die Steinholzleger am Mittwoch in einer gut besuchten Mitgliederversammlung ihrer Sektion. Die Lohnkommission hatte Vorschläge zu einigen Verbesserungen des Tarifes ausgearbeitet, die nun Punkt für Punkt zur Diskussion gestellt und nach gründlicher Beratung ohne wesentliche Änderungen von der Versammlung gutgeheißen wurden. Es handelt sich dabei um bescheidene Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. — Ueber die Frage, ob der Tarifvertrag seitens der Arbeitnehmer gekündigt werden soll, wurde noch nicht entschieden; das soll erst in der nächsten Mitgliederversammlung geschehen.

**Achtung, Friseurgehilfen!** Für Verbandsmitglieder gesperrt: Haase, Fehrbelliner Str. 40; Schleif, Rühlstr. 119. Weiterer hat seine Bewilligung zurückgezogen. Bewilligt hat Vogel, Ebelingstr. 16. Verband der Friseurgehilfen.

### Deutsches Reich.

**Die Aussperrung der organisierten Bantischler in Liegnitz** dauert fort. In 6 Betrieben mit etwa 45 Beschäftigten sind die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden. Die andere Hälfte der Aussperrten hat sich zum größten Teil anderwärts Arbeit gesucht. Hinbeise Elemente, die sich beim letzten Klararbeiterstreik hier einheimisch gemacht haben, jetzt aber von den Fabrikanten wegen ihrer „Nützlichkeit“ an die Luft gesetzt werden, dienen auch nunmehr den aussperrenden Bantischlermeistern als „unentbehrliche“ Hausarbeiter. Zugug von Tischlern muß auch fernerhin ferngehalten werden.

**Achtung, Metallarbeiter!** Die Arbeiter der beiden Wagfabriken Robert Krups und Schmachtenberg u. Lark in Wald (Rhd.) haben wegen der Entlassung der Vertrauensleute die Kündigung eingereicht. Die Entlassung der Kollegen ist mit der ausgesprochenen Absicht erfolgt, die Organisation aus den Betrieben zu verdrängen. Sie eruchen nun die Kollegen allerwärts, dafür zu sorgen, daß der Zugug von Arbeitern nach obigen Firmen ferngehalten wird.

**Die Ordnungsverwaltung der Verwaltungsstelle Solingen.**

**Heizungsmonteurs und Helfer!** In M.-Glabbach haben sämtliche Monteurs und Helfer ihre Kündigung eingereicht resp. läuft dieselbe diese Woche ab, weil die dortigen Firmen nicht den Tarif anerkennen wollen. Diese Firmen versuchen nun, in allen Städten Deutschlands, namentlich in Rheinland und Westfalen, tüchtige Heizungsmonteurs zu engagieren. Ganz besonders tut dies die Firma Gebr. Hartmann. Wir möchten deshalb eruchen, daß kein Heizungsmonteur sich verleiten läßt, nach M.-Glabbach Stellung anzunehmen. Zur Orientierung teilen wir noch weiter mit, daß 50 der angesehensten und renommiertesten Firmen der Heizungsbranche von Rheinland und Westfalen den Tarif anerkennen haben; nur in M.-Glabbach sträubt man sich, daselbe zu tun. In dem Tarif, um dessen Anerkennung die Kollegen die Kündigung eingereicht haben, ist eine Bestimmung enthalten, welche ausdrücklich besagt, daß die tariftreuen Firmen keine Monteurs und Helfer sperren, die bei einer Firma kündigen wegen Anerkennung des Tarifs. Wir betonen dieses ausdrücklich, um damit den Beweis zu erbringen, daß das Vorgehen der Kollegen ein berechtigtes ist und die Beachtung der gesamten Arbeiterschaft bedingt.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck erucht. Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes des 7. Bezirks.

#### Zum Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

Jetzt dauert der Kampf bereits 12 Wochen und ist ein Ende abzusehen. Die Streikenden und Aussperrten stehen zusammen wie ein Mann. Während der ganzen Dauer des Kampfes sind insgesamt nur fünf Fahrenklüchtige zu verzeichnen, und von diesen sind drei wieder in die Reihen der Streikenden zurückgekehrt. Bei der Gesamtzahl von rund 5000 Personen, die an der Bewegung beteiligt sind, gewiß eine glänzende Haltung der Arbeiter.

Da es den Unternehmern nicht gelingt, die Streikenden gegeneinander zu heben, fangen sie mit der alten Methode wieder an: sie renommierten mit der großen Anzahl Arbeitswilliger. In den bürgerlichen Wäldern Hamburgs erscheint folgendes Inserat:

**An die Holzgewerbebetreibenden!**  
Da sich in der letzten Zeit auf unsere Annonce unorganisierte Tischlergesellen zur Arbeit in großer Zahl melden, so daß mangels Nachfrage ihre Unterbringung schwer wird, bitten wir Sie, uns Ihren Bedarf umgehend unter Angabe der Verwendung (Bau- oder Möbelschler, Polierer usw.) schriftlich mitzuteilen.  
Arbeiter-Schutzverband  
der Holzindustrie von Hamburg und Nachbarstädten. (E. W.)  
Polmenstr. 12/14.

Nun ist es den Unternehmern in den zehn Wochen gelungen, rund 250 Streikbrecher heranzuziehen, von denen man aber gern 90 Proz. wieder los wäre, weil sie zum Arbeiten nicht nach Hamburg gekommen sind, über überhaupt nicht in der Lage sind, ein ordentliches Stück Tischlerarbeit anzufertigen. Aber auch von diesen sind innerhalb der letzten Woche noch 48 Mann von der Streikleitung wieder abgehoben. Was es mit dem obigen Schwundel auf sich hat, beweist am besten, daß jetzt nicht allein sämtliche Streikbrecheragenten wieder unterwegs sind, sondern daß auch noch 12 Tischlermeister fortgeschickt wurden, um Streikbrecher zu suchen.

In den Reihen der Tischlermeister rührt es gegenwärtig ganz gehörig. Allmählich sieht man ein, daß man vom Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes an der Nase herumgezogen worden ist.

Die Arbeiter sind dagegen unermüdet auf dem Posten und werden erst dann den Kampf beenden, wenn der volle Erfolg auf ihrer Seite ist.

Arbeiter, sorgt für Fernhaltung des Zuguges!

### Ausland.

#### Internationaler Kongreß der Postangestellten.

Paris, 7. Juni. (Fig. Ver.) Gestern ist hier der erste internationale Kongreß der Postangestellten zusammengetreten. Vertreter aus acht Ländern nehmen an ihm teil. England hat 10 Delegierte, Bulgarien 2, Luxemburg 1, Italien 2, Holland 4 (darunter 2 Telephonistinnen), die Schweiz 2 entsendet. Den Völkern hatte die Postverwaltung die Teilnahme am Kongreß untersagt. Dieser nahm einstimmig eine gegen diese Maßregel gerichtete Resolution an. Aus Dänemark ist ein Brief eingetroffen, der die Gründung einer Postinternationalen, so sympathisch die Idee sei, für noch nicht zeitgemäß erklärt. Belgien und die Vereinigten Staaten haben Begrühungen entsendet. In Spanien sind die Postbeamten vollständig desorganisiert. In der Türkei ist die Organisation im Entstehen begriffen. Auch von dort hat der Kongreß ein Begrüßungsschreiben erhalten, ebenso aus Kanada.

Die Eröffnungsrede hielt der Sekretär des französischen Allgemeinen Angestelltenverbandes, Montbrand, der auch — mit etwas diplomatischen Wendungen — auf die von der internationalen Vereinigung der Postbeamten geforderte gegenseitige Annäherung der Völker hinweist.

Das wichtigste Ergebnis des ersten Verhandlungstages war die mit Affirmation beschlossene Gründung eines

#### Internationalen Verbandes der Post- und Telegraphen-Angestellten.

Die Diskussion über die Statuten war an einer Stelle sehr interessant. Die französischen Antragsteller hatten für den Artikel III folgende Fassung vorgeschlagen:

Die Föderation hat zur Aufgabe: die Erleichterung des Studiums aller Berufsfragen, die Förderung der Verbesserung der moralischen und materiellen Situation ihrer Angehörigen, die Organisation der internationalen Solidarität.

Ein Delegierter forderte, daß sich die Föderation der internationalen Arbeiterbewegung offen anschließe. Ein Vertreter der Schweiz meinte dagegen, daß aus einem weitgehenden Beschluß den nationalen Organisationen Schwierigkeiten erwachsen könnten und beantragte die Streichung des dritten Absatzes des Artikel III. Auch die englischen Vertreter meinten, es sei derzeit gefährlich, einen Beschluß zu fassen, der als Betreten des politischen Gebietes gedeutet werden könnte. Ueber die Gefährdung der englischen Postbeamten gegenüber der allgemeinen Arbeiterbewegung dürfe kein Zweifel herrschen. Schließlich wurde mit allen Stimmen gegen die der Schweizer, die sich der Abstimmung enthielten, folgende Fassung des Artikel III beschlossen: „Die Organisation der internationalen Solidarität unter allen Post-, Telegraphen-“

Der Antrag, die Föderation wurde vorläufig mit 2/3 St. jährlich für das Mitglied festgesetzt. Die Leitung der Föderation obliegt einem Bureau, in das jede angeschlossene Nation einen Delegierten entsendet. In den Ländern, wo die Organisation noch nicht vollzogen ist, fungiert das Internationale Bureau als Schiedsrichter. — Der Kongreß nahm überdies eine Resolution an, die die Erwartung ausdrückt, daß die Einigung bis zum nächsten Kongreß vollzogen sein wird.

Heute wurde der Kongreß geschlossen. Vorher nahm er, mit einigen Vorbehalten, aber einstimmig, eine Resolution an, die der international organisierten Arbeiterklasse brüderlichen Gruß entbietet. Probst (Frankreich) wurde zum provisorischen Verbandssekretär gewählt.

## Letzte Nachrichten.

### Die Wintertwitten in Frankreich.

Paris, 8. Juni. (W. T. B.) In der Deputiertenkammer führte Reunier aus, daß das neue Dekret die Lage für die Interessenten viel schwieriger gestalten würde als sie gegenwärtig sei. Das Dekret widerspreche dem Gesetz und den örtlichen Gewohnheiten und würde die Aube zu einer Vastardampagne machen, man müsse die Abgrenzungen abschaffen, die nur dahin führen könnten, daß ein Bürger sich gegen den anderen erhebe. (Fast einhelliger Beifall.)

Finanzminister Caillaux bekämpfte den Antrag Reunier. Alle Welt hätte sich verpflichtet, die Entscheidung des Staatsrates anzunehmen, die dieser in voller Freiheit und nach Anhörung aller Interessenten gefällt habe. Die Kammer habe nicht das Recht, jetzt diese Entscheidung zurückzuweisen. Die Regierung werde ein beherrschendes Regime studieren, das Konflikten zwischen den verschiedenen Teilen des Landes vorbeuge, sie werde aber nicht eine Befestigung der Abgrenzungen ins Auge fassen, solange die Kammer nicht ein Regime angenommen habe, das den Weinbauern gleiche Sicherheit biete. Die Regierung nehme die einfache Tagesordnung an, die die Rührung vor dem Gesetz bedeute. Die einfache Tagesordnung wurde schließlich mit 294 gegen 181 Stimmen angenommen und die Sitzung sodann geschlossen.

Der für Aube, 8. Juni. (Weldung der Agents Habas.) In der hiesigen Gegend dauert die Erregung fort. In Dignol entfernten die Wenden von einem Brunnen eine Inschrift in roter Farbe: „Dir, Wilhelm, die Hügel der Champagne weil die Republik sie nicht will.“

### Schekbetrüger.

München, 8. Juni. (W. T. B.) Das Landgericht München I verurteilte den Kunsthändler Emu Boder, der in Gemeinschaft mit dem Amerikaner Eberndy den Frankfurter Juwelier Koch um Juwelen im Werte von 154 000 Mark betrog, indem er einen falschen Scheck ausstellte und dann flüchtete, zu fünf Jahren Zuchthaus und 2100 M. Geldstrafe wegen vier Verbrechen im Rückfall.

### In den Bergen verunglückt.

Montreux, 8. Juni. (W. T. B.) Beim Abstieg vom Col de Jaman stürzte ein Kräutler von Leinli aus Schafften, die sich in einem Pensionat in Chexbres bei Vevey aufgehalten hatte, ab. Ihre Leiche wurde nach Tervet gebahrt.

### Das Erdbeben in Mexiko.

Wegla, 8. Juni. (W. T. B.) Das gestrige Erdbeben hat auch außerhalb der Hauptstadt in den verschiedenen Teilen Mexikos Verheerungen angerichtet, besonders in Japattlan, wo viele Menschen umgekommen und viele abgetötet sind. Ebenso haben auch die Orte Zonilla und San Andres gelitten. Der Vulkan Colima befindet sich in Tätigkeit.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

10. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Mannheim, 7. Juni.

Dritter Verhandlungstag.

Die drei Mandate, über deren Gültigkeit die Beschlussfassung ausgeführt wurde, werden nun bestätigt, da diese Delegierten jetzt ihre Mitgliedsbücher beigebracht haben.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte über die Geschäftsberichte findet Annahme. Es folgen eine ganze Reihe persönlicher Bemerkungen.

Cohen-Berlin gibt als Vertreter der Generalkommission gegen die gestrigen Angriffe auf die Gewerkschaftsschule folgende Erklärung ab: Der Kollege Ernst hat die Einrichtungen der Generalkommission angegriffen. Es ist ja nicht nötig, diese Angriffe sachlich zurückzuweisen, aber ich möchte sie nicht unwidersprochen hinausgehen lassen, um nicht draußen bei der einen oder anderen Stelle, die sich ein Vergnügen daraus macht, der Generalkommission ein auszuweichen, die Meinung auskommen zu lassen, als ob dieser Ausspruch hier widerspruchlos aufgenommen worden sei, also die Ansicht der gesamten Generalkommission darstelle. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß die durchaus unangebrachten, deplacierten Angriffe Ernsts, wohl von einigen Ausnahmen abgesehen, von der Generalversammlung als unbedeutend angesehen werden. (Sehr richtig!) Dazu noch weiteres zu bemerken, halte ich nicht für angebracht. Es ist nicht gut, wenn, weil da und dort mal geschimpft wird, man sich, um sich an diesen Stellen lieb Kind zu machen, zu ihrem Sprachrohr macht. Ich bedauere, daß mir durch Schluß der Debatte die Möglichkeit genommen wurde, die ganze Haltlosigkeit der Angriffe des Kollegen Ernst zurückzuweisen zu können.

Es wird nun die

Verschmelzungsfrage.

Die vom Vorstandsbericht ausgeschieden war, erörtert.

Reichel-Stuttgart (Vorstandsmitglied) berichtet zunächst über die Verhandlungen mit dem Vorstand der Schmiede. Als Grundlage der Verhandlungen dienten folgende, vom Vorstand des Schmiedeverbandes vorgelegte Vorschläge: 1. Bildung einer Berufsgruppe auf lokaler und zentraler Grundlage. 2. Der Gruppenleiter an der Zentrale gehört dem Zentralvorstand als Mitglied an. Derselbe wird aus den angestellten Personen der Zentrale des Schmiedeverbandes gewählt. 3. Innerhalb der Zentralverwaltung wird eine besondere Verwaltungsabteilung für die Berufsgruppe gebildet. 4. Vertretung der Berufsgruppe in den Bezirksleitungen. 5. Die Gruppenleitung untersteht der Zentralverwaltung. 6. Besondere Aufgabe der Gruppenleitung ist die Förderung der Agitation unter den Berufsgruppen und die Vertretung und Förderung derselben in allen beruflichen Angelegenheiten. 7. Sicherung für die Erhaltung der geschlossenen Berufsgruppe. — Die Gewährung solcher Ausnahmerechte, betonte Reichel, rüßelt an den Grundlagen der Verfassung unseres Verbandes und kann deshalb nicht zugelassen werden. Der Vorstand mußte daher diese Ausnahmerechte ablehnen. Er ist der Meinung, daß, wenn die Schmiede den guten Willen zur Verschmelzung haben, diese auf Grund unseres jetzigen Organisationsverhältnisses zustandekommen kann. Wir müssen an den bewährten Grundlagen unserer Organisation festhalten und wollen den kleinen Bruder nicht aufreizen, um jede Bewegungsfreiheit der Schmiede zu unterbinden, sondern wir wollen ihre Anfüngung an unsere Organisation, um die Aktionsfähigkeit der Schmiede zu erhöhen.

Frankl-Breslau betont, der Vorstand habe vertrauensvoll und im Interesse der Organisation bei den Verhandlungen gehandelt. Er begründet noch folgende, von ihm und noch sechs Delegierten eingebrachte Resolution:

Die zehnte in Mannheim tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von dem Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen mit dem Vorstand des Schmiedeverbandes betreffs der Verschmelzungsfrage und erklärt sich mit der Haltung des Vorstandes einverstanden. Sie bedauert aber, daß der Schmiedeverband daran festhält, beim

Uebertritt Rechte zu verlangen, die, wenn sie zugestanden würden, eine Gefahr für die Zentralisation wären. Die Generalversammlung erklärt ausdrücklich, daß zu einer Aenderung der Organisationsform keine Veranlassung vorliegt, da unter der bestehenden Form die Organisation allen Berufsgruppen, den Kleinsten sowohl wie auch den größten, bisher in jeder Beziehung gerecht werden konnte.

Lange-Hamburg, Vertreter des Schmiedeverbandes: Bei uns im Vorstand ist der gute Wille vorhanden, die Verschmelzung zu fördern. Wir müssen aber an unserer ersten Forderung, Bildung von Berufsgruppen auf lokaler und zentraler Grundlage festhalten. Ich meine aber auch, daß der Weg zur Verständigung gesucht und gefunden werden kann. Es ist zu befürchten, daß, wenn die Verschmelzung gegen den Willen eines Teiles unserer Mitglieder durchgeführt wird, diesenthalber berührt, diesen Teil zu sich herüberzuführen. Die vorgelegte Resolution trägt nicht zur Verständigung bei; sie ist eine strikte Absage aller Verhandlungen. Es kann unseres Erachtens innerhalb dieser Generalversammlung eine Verständigung erzielt werden. Diese ist um so mehr nötig, da bei uns gleich nach dieser Generalversammlung eine Urabstimmung über die Verschmelzung vorgenommen werden soll. Kommt es zu keinem Resultat, wissen wir nicht, über was wir abstimmen sollen. Mit der Resolution können wir nichts anfangen. Sie vertritt den alten Standpunkt. Ich bin der Meinung, bei gutem Willen läßt sich eine Verständigung erzielen.

Hoffmann-Hanau hebt die Vorteile hervor, die die Gold- und Silberarbeiter durch ihre Zugehörigkeit zum Metallarbeiterverband haben. Auch die Schmiede würden nur Vorteile bei der Verschmelzung haben.

Hofentzien-Stuttgart meint, der bestehende Zustand sei unhaltbar, die Verschmelzung sei nötig. Mehr zugehört, als der Vorstand getan, könne man nicht. Wenn es die Schmiede ehrlich meinen, dann müssen sie einer Vereinigung das Wort reden.

Scheffel-Berlin, Vertreter des Verbandes der Heizer und Maschinisten: Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil von einzelnen Rednern auch eine eventuelle Verschmelzung mit unserem Verband ins Auge gefaßt wurde. Wir haben circa 150-160 000 Organisationsfähige Berufsmitglieder, die sich auf die verschiedensten Industrien verteilen. Bei einer Verschmelzung müßte vor allem die Frage gelöst werden, zu welchem Industrieverband gehören die Maschinisten und Heizer? Wir sind uns ja im klaren darüber, daß diese Organisation nur der Deutsche Metallarbeiterverband ist. (Bravo!) Aber heute sind die Vorbedingungen für diese Verschmelzung noch nicht gegeben. Wir haben erst 23 000 der Organisationsfähigen für die Organisation gewonnen. Wir müssen noch manches Gebiet für uns erschließen, es wäre daher eine Torheit, wenn wir heute die Verschmelzung vornehmen würden. Sind die Vorbedingungen für eine Verschmelzung geschaffen, dann werden wir nicht abheißeln stehen. Bis dahin wollen wir aber auf Grund des Parteivertrages weiter zusammenarbeiten.

Reichel-Stuttgart: Es ist nicht richtig, daß der Holzarbeiterverband mit seinen Raststellen für einzelne Branchen gute Erfahrungen gemacht hat. Gerade das Beispiel des Holzarbeiterverbandes muß uns hüten, zur Nachahmung dieser Zentralstellen zu kommen. Wir können ja vielleicht später zur Differenzierung der Geschäfte kommen, heute liegt aber noch keine Notwendigkeit hierzu vor. Lange sagte, die vorgelegte Resolution Franke und Genossen bedeute eine Abbrechung der Verhandlungen mit den Schmieden. Die Resolution, für die der Vorstand eintritt, bedeutet nichts weiter, als daß die Haltung des Vorstandes gutgeheißen und bekräftigt, daß die Generalversammlung nicht über die Vorschläge des Vorstandes hinausgeht.

Damit ist die Debatte über diese Frage geschlossen. Die Abstimmung wird erst später vorgenommen.

Das Schlusswort zum ganzen Geschäftsbericht erhält nun Vorstandsmitglied Reichel-Stuttgart, der sich ausführlich über die einzelnen in der Debatte aufgeworfenen Fragen vertritt. Bezüglich der Verftarbeiterbewegung bemerkt Reichel, daß aus den Unternehmerrreisen den Verftarbeitern Vorteile gemacht wurden, sie seien zu weit gegangen. Es sei menschlich begreiflich, daß die Verftarbeiter jetzt, nachdem sie aus ihrem

eigenen Lager angegriffen wurden, versuchen, durch Schürmacherei wieder das gutzumachen, was sie nach Ansicht der Unternehmerorganisation gesündigt haben. Dagegen die nötigen Schritte zu tun, ist Sache der Arbeiterschaft. Worin aber diese Schritte bestehen, das darf von der Tribüne der Generalversammlung nicht gesagt werden. Aber so viel kann ich erklären, daß der Vorstand den festen Willen hat, im Einverständnis mit der Bezirksleitung und den Ortsverwaltungen das Nötige zu tun. Im allgemeinen muß mehr beachtet werden, daß bei Mißständen und Differenzen durch die Widerstandskraft des einzelnen eine ganze Menge gehesert werden kann. Es braucht nicht immer zum Streit zu kommen. (Zustimmung.) Wie wäre es zum Beispiel, wenn wir die Kollegen verpflichteten, jede Arbeit zu niederen Bedingungen abzulehnen. In diesem Sinne müssen die Kollegen erjogen werden. Das, was in Hamburg vorgekommen ist, muß vergessen werden. Die Stellung des Vorstandes ist von den Hamburger Kollegen völlig verkannt worden. Der Vorstand hält es für seine Pflicht, die Rechte der Mitglieder zu wahren. Dazu gehören aber auch die Beamten. Was der Vorstand wollte, ist die Beachtung des gewöhnlichen Rechtsgrundsatzes, daß der Beschuldigte sich in einem ordentlichen Verfahren verteidigen kann. Es durfte nicht sein, daß in einer solch erregten Versammlung das Urteil über Ihle gesprochen wurde. Die Mitgliederversammlungen sind nicht die richtigen Stellen, um eine Anklage richtig prüfen zu können. Hoffentlich sehen die Hamburger nun ein, daß sie gefehlt haben. Man hat viel von dem Wort Bebel über das Mißtrauen gegen die Führer geredet. Bebel kann m. E. damit unmöglich gemeint haben, daß das Mißtrauen lediglich durch die Stellung hervorgerufen werden soll, die einer bekleidet. Auch wir bewahren das demokratische Mißtrauen. Es ist aber eine andere Sache, ob das Mißtrauen sachlichen Gründen entpringen ist oder persönlichen. Es kann nicht gesagt werden: Weil du auf dieser Stelle stehst, deshalb bringen wir dir Mißtrauen entgegen. Dieser objektive betrachtet, ist Mißtrauen gerechtfertigt. Laßt es aber genügen, nur sachliches Mißtrauen zu haben. Nebner geht dann ausführlich auf die zu diesem Punkt vorliegenden Anträge ein. Zu den Anträgen bezüglich der Agitation unter den Jugendlichen bemerkt Reichel unter Zustimmung: Wir handeln, aber wir reden nicht darüber! — Zu dem gestern von Ernst-Hamburg begründeten Antrag, Kollegen auch auf die Parteischule zu senden, sagt Nebner: Die Parteischule hat den Zweck, den Bestrebungen der Gewerkschaft ausschließlich zu dienen, die Parteischule hat den Zweck, ausschließlich den Bestrebungen der Partei zu dienen. Was bietet die Parteischule den Gewerkschaften? (Zuruf: Rationalökonomie!) Schön, aber über das wichtigste, über die Geschichte der Gewerkschaften, wird da nicht unterrichtet. (Zuruf: Soll jetzt eingeführt werden!) Gut, ich nehme gern davon Akt. Aber noch eins! Wir betonen so häufig, daß es unsere Pflicht ist, uns nicht nur gewerkschaftlich zu betätigen, sondern uns auch dem anderen Bruder der Arbeiterbewegung anzuschließen. Und jeder Kollege hat die Möglichkeit, durch Betätigung in der Partei dafür zu sorgen, daß er auf die Parteischule kommt. (Sehr richtig!) Ich betrachte es als Pflicht unserer jüngeren Kollegen, die diese Bildung genießen wollen, diesen Weg zu beschreiten. Aber ich möchte auch hier darauf hinweisen, daß weder Gewerkschaftsschule noch Parteischule den Abschluß der Bildung bedeuten dürfen. (Sehr gut!) Leider haben wir oft die Erfahrung gemacht — und ich weiß aus sicherer Quelle, daß es unserem Bruder in der Bewegung ebenso geht —, daß Leute, die die Parteischule durchgemacht haben, enttäuscht sind, weil sie nun glauben, daß man die Arme nach ihnen ausstreckt, um sie zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Weisen wir unsere Kolleginnen und Kollegen auf diesen Weg. Betätigt Euch dort! Ich habe einmal gesagt: die Gewerkschaften sind die Partei. Damit ist schon gesagt, daß wir uns auch dort intensiv betätigen sollen; selbstverständlich so gut wir können. Und ich meine, wenn dieser Weg beschritten wird, dann brauchen wir einen solchen Antrag nicht. Wir wollen nach dieser Richtung keine Schritte unternehmen, sondern wir lassen die Sache so wie sie ist und erklären, daß wir es für Pflicht unserer Kollegen halten, sich eine weitere Bildung anzueignen und sich so zu betätigen, daß ihnen die weitere Bildungsmöglichkeit in der Partei und in den Gewerkschaften zugänglich sind. Der Antrag Leipzig, der

Klasseninstinkt und Kunstverständnis.

Wir werden im Aufnahme folgender Ausführungen ersucht:

Die „Freie Volksbühne“, die wegen ihres ausgesprochen proletarischen Charakters von gegnerischer Seite Anfechtungen genug erlährt, muß es sich natürlich auch gefallen lassen, wenn gelegentlich von der anderen Seite Kritiker kommen, wie Genosse Heinz Sperber im „Vorwärts“, die von ihr behaupten, sie schreite tüchtig auf dem Wege der bürgerlichen Theater „einher“ und werde von den „allerhöchsten Ansehungen“ beherrscht, die als „sozialistisch“ höchstens unter Käsefächern zu bezeichnen seien. Da aber Genosse Sperber sein Verdammungsurteil aus einem Artikel zu begründen versucht, den ich im Organ der „Freien Volksbühne“ veröffentlichte, mögen mir persönlich einige Worte der Erwidierung gestattet sein.

Jener Artikel, der den Genossen Heinz Sperber veranlaßt, über die Arbeit der „Freien Volksbühne“ den Stab zu brechen, beschäftigt sich kritisch mit den Theorien, die der Genosse Heinz Sperber im „Vorwärts“ zu entwickeln pflegt. Sperber beschränkt sich darauf, meine scharf ablehnende Kritik seiner ästhetischen Anschauungen als „verdorren“ zu bezeichnen und das Unterlassen jeder Beweisführung für seine so wenig tröstliche Gegenkritik mit „Raummangel“ zu entschuldigen. Diese Methode der Polemik hat den Vorzug der Originalität, sie wirkt aber wenig überzeugend. Begreifende Urteile, die nicht begründet werden, sind höchstens als Ausdruck einer verletzlichen Stimmung zu bewerten, die man menschenfreundlich bedauern mag, zu einer fruchtbaren Diskussion vermögen sie aber recht wenig beizutragen.

Heinz Sperber zitiert sodann einige Sätze aus einem Artikel der Genossin Roland Holtz, um daraus triumphierend zu schließen: „Stehe ich nach diesem Urteil allein mit meiner Ansicht, daß wir ohne Scheu, ohne Anbütung über die bürgerliche Kunst urteilen müssen?“ Zum Zweck dieses Beweises hätte aber Heinz Sperber gar nicht erst in die Ferne zu Schweifen brauchen. Auch ich und meine sämtlichen Kollegen im Vorstand und Ausschuss der „Freien Volksbühne“ sind sämtlich bereit, dem Genossen Sperber zu bezeugen, daß er mit seiner Ansicht nicht allein steht, daß diese Ansicht vielmehr von uns allen vollkommen geteilt wird. Aber freilich, soweit wir davon entfernt sind, Scheu und Anbütung für die „bürgerliche“ Kunst zu fordern, so sehr wie mit Heinz Sperber übereinstimmen in der Verurteilung des kapitalistischen, auf den Gewinn der zahlungsfähigen Bourgeoisie eingerichteten Theaterbetriebs, so würden wir doch glauben unsere Aufgabe größtlich zu vernachlässigen, gelänge es uns nicht, in unseren Mitgliedern Hochachtung und Verehrung für alles zu wecken, was wirklich Kunst ist.

Hier ist der Punkt, an dem sich die Geister scheiden und von dem aus der Weg den Genossen Heinz Sperber in eine wenig glänzende Isolierung führt. Während wir dem Proletariat alle Schatzkammern öffnen möchten, in denen die Menschheit ihre Kulturwerte aufgespeichert hat, kennt Heinz Sperber nur eine Kunst, die ihm der Liebe und Anerkennung — oder der „Scheu und Anbütung“ — des Proletariats würdig zu sein scheint, eine spezifisch proletarische Klassenkunst, aber deren Wert nicht Kunstverständnis, sondern Klasseninstinkt entscheidet. Diese Auffassung habe ich im Organ der „Freien Volksbühne“ als eine ungeheuerliche und unheilvolle Verwirrung mit größter Entschiedenheit bekämpft.

Noch jetzt, in seiner Polemik gegen mich, trägt Sperber den geradezu unglaublich klingenden Satz:

Man hat dem modernen Proletariat (selbstverständlich nicht zu verwechseln mit dem Mann der schweligen Faust!) keinen Unterricht „von oben herab“ zu geben, sein Klasseninstinkt beträgt es selten — es wäre denn, daß der Klassenstandpunkt eine Phrase sei.

Hier wird also (man muß es dreimal lesen!) der proletarische Klasseninstinkt gefeiert als ein ziemlich untrüglicher Maßstab zur Beurteilung künstlerischer Werte! Der proletarische Klasseninstinkt hat, der braucht nichts von Literaturgeschichte und Aesthetik zu wissen, der kann auf die ganze stehende, ausfiebende, das Wertvolle von Wertlosem schiedende Arbeit verlassen, die die Kritik der Jahrhunderte geleistet hat. Nicht angeborene Fähigkeit, Studium, Erfahrung, sondern der Klasseninstinkt schafft den unfehlbaren Kunstrichter der Zukunft.

Arme Kunst! Armes Proletariat!

Hat denn Heinz Sperber gar keine Ahnung davon, daß ästhetische Urteilsfähigkeit die unentbehrliche Voraussetzung für alle kulturelle Vereinerung ist? Und anderen hat die tiefe Kätzung, die das Proletariat allen ernstlichen künstlerischen oder wissenschaftlichen Bestrebungen entgegenbringt, seine leidenschaftliche Sehnsucht nach verständnisvollem Genuß höchster Kulturwerte als der wertvollste Bestandteil des Klassenbewußtseins gegolten. Und die „Freie Volksbühne“ erziehen uns und dadurch geradezu als ein Wegweiser zu den letzten Zielen des Sozialismus. Heute aber müssen wir von dem Feuilletonisten des „Vorwärts“ erfahren, daß wir in bürgerlichem Fabrikwasser segeln, daß wir verdorrenen Anschauungen huldigen und des Verständnisses für sozialistische, proletarische Kunst gänzlich ermangeln!

Wertwüßig nur, daß der stets untrügliche Klasseninstinkt sich gerade in diesem Falle als trügerisch erweisen haben soll, und daß sich die zweifellos doch proletarischen, sozialistischen, Klassenbewußten Mitglieder der „Freien Volksbühne“ zweiundzwanzig Jahre lang geduldig von Grundstücken leiten ließen, deren „Verdorrenheit“ Heinz Sperber jetzt beinahe nachgewiesen hätte, würde ihn Raummangel nicht daran gehindert haben.

Noch ein kurzes Wort zu der etwas demagogischen Wendung über den „Unterricht von oben her“. Wir alle haben einmal „von oben her“, d. h. von Leuten, die mehr gelernt hatten als wir, Unterricht empfangen, und danken es unseren Lehrern, indem wir das Empfangene an andere, weniger Aufgeklärte weiter zu verbreiten suchen, also — wenn der Ausdruck angenehm ist — nach „unten“ weiter geben. Unter halbwegs gebildeten Leuten ist es jedoch nicht nötig, viel Worte darüber zu verlieren, daß solche Lehr- und Lernverhältnisse nichts zu tun haben mit den Verhältnissen sozialer und politischer Unterordnung. Gätten die Menschen es aus vermeintlichem „Klasseninstinkt“ bisher abgelehnt, „Unterricht von oben“ zu empfangen, so wären sie bis zum heutigen Tage noch nicht von den Gängen des Urwaldes heruntergellert, auf denen sie in grauer Vorzeit lebten.

Weil aber die Menschheit lernt und fortschreitet, und weil kommende Generationen auf sicherem Kulturgrund weiterbauen können, darum dürfen wir auch hoffen, zu jener proletarisch-sozialistischen Kunst zu kommen, neben der Heinz Sperber keine andere gelten lassen will, obgleich sie selbst — noch nicht existiert. Ich verleihe unter proletarisch-sozialistischer Kunst keine der Augenblicksbegehrung gefällige, für den Tag berechnete Tendenzkunst, sondern ernste, wirkliche, ewige Kunst,

die den Vergleich mit dem Besten und Größten der Vergangenheit nicht zu scheuen braucht und dabei doch vom Geiste der neuen Zeit gesättigt und durchtränkt ist. Sicherlich behält dabei auch der beschriebene Verlust ein Recht auf Beachtung, sofern er sich überhaupt als das Werk eines Künstlers darstellt, das heißt eines Mannes, der etwas kann. Ueber das Können der Künstler und den Wert ihrer Werke wird aber, solange es Kunst gibt, Kunstverständnis entscheiden, nicht Klasseninstinkt. Sollte es eines Tages anders sein, so wäre die Kunst nicht mehr, und die Welt stände im Reich der geistigen Verarmung.

Friedrich Stampfer.

Notizen.

Der Verband Deutscher Bahnschriftsteller hat den für 1911 von Leopold Hirschberg gestifteten Verbandspreis dem Werke „Akkas“, mythologisches Schelmenpiel in vier Aufzügen und einem Vorspiel von Eberhard König, verliehen. Das Stück ist von Dr. Otto Brahm zur Aufführung am Lessing-Theater in der nächsten Winterspielzeit angenommen worden.

Und wieder ein Zensurverbot. Der Zensor von Schöneberg hat dem Neuen Schauspielhaus die Aufführung des dreifaktigen Dramas „Korallenfels“ von Franz Ausberg aus sittenpolizeilichen Gründen verboten. In dem Stück vertritt sich nämlich ein junges anständiges Mädchen in ein anrüchliches Haus. Und da man in Groß-Berlin Vorbelle im „polizeitechnischen“ Sinne nicht kennt, will der sittenstrenge Polizeizensor solche Institutionen auch auf der Bühne nicht gelten lassen. Die Moral ist wieder einmal gerettet. Die Besucher des Neuen Schauspielhauses werden nie erfahren, daß es so etwas wie Prostitution gibt. Der Verfasser des Stückes hat sich durch die moralischen Verklemmungen des Schöneberger Zensors rühren lassen und will den ersten Akt des Stückes umarbeiten. Das Werk soll dann noch einmal eingereicht werden, und bei einem wiederholten Verbot will Direktor Palm den Klageweg beschreiten.

Eine Händel-Aufführung durch und für die Arbeiterschaft. In der großen Festhalle zu Frankfurt a. M. lauschte am Freitagabend ein Arbeiterpublikum von fast 30 000 Menschen einer Aufführung des Händelischen Oratoriums „Judas Maccabäus“, die der Frankfurter Arbeiterbildungs-Ausschuss gelegentlich des Gewerkschaftsfestes veranstaltete. Der Riesensaal von 1000 Stimmern, der sich aus verschiedenen gemischten Arbeiterchören zusammensetzte, zeigte sich seiner schwierigen Aufgabe völlig gewachsen. Die Leitung des Konzertes hatte Kapellmeister Franz Reumann von der Frankfurter Oper. Neben dem 80 Künstler starken Orchester wirkten als Solisten die Damen Bönges und Halbaerth sowie die Herren Fockhammer und Braum mit großem Erfolg mit. Diese erste großartige Händel-Aufführung von Arbeitern steht in Deutschland einzig da.

„Kennen Sie Tharau“ anständig. In der Münchener Lokalinspektion, die in der vorigen Woche eine Sitzung abhielt und sich unter anderem mit der Umarbeitung der Schullehrerbücher beschäftigte, beanstandete der katholische Demofapitular Herrl das Lied „Kennen Sie Tharau“, das nach seiner Meinung bei den Knaben und Mädchen, die sich gegenseitig sowieso schon mit Liebesbriefchen beschenken, eine schlechte Wirkung hervorzurufen könnte. Bei der Abstimmung wurde mit allen gegen wenige geistliche Stimmen die Beibehaltung des Liedes beschlossen.

wünscht, daß die Berichterstatter der Parteipresse zu den Generalversammlungen zugelassen werden, kennt offene Türen ein. Ich habe aber nichts gegen seine Annahme. Die Berichterstatter unserer Presse sind hier; sie sind nicht zurückgewiesen, sie sind auch früher nicht zurückgewiesen worden. Bezüglich der Anträge zur Waiseierfrage schließe ich mich den Ausführungen Seiner Eminenz an. Die Waiseierfrage ist meiner Meinung nach geregelt. Es besteht noch heute die Resolution, die besagt, daß überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, die Arbeitstufen durchgeführt werden soll.

Der Ausschussvorsitzende verzichtet aufs Schlusswort. Dem Redner wird einstimmig Entlohnung erteilt. Nun folgen die Spezialdebatten und die Abstimmungen. Zunächst wird die oben wiedergegebene Resolution Franke betr. die Verschmelzung mit den Schmieiden einstimmig angenommen. Annahme findet ferner diese Resolution:

Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von der vom Vorstand geleisteten Arbeit im Interesse der Hütten- und Walzwerksarbeiter. Sie ersucht ihn, in dieser Tätigkeit in einer den Bedürfnissen entsprechenden Weise fortzuführen, und erwartet, daß er die in Frage kommenden Verwaltungen bei der Bekämpfung der Agitation in der weitgehendsten Weise finanziell unterstützt.

Ueber den Antrag bezüglich der Parteischule entspann sich noch eine Debatte, bei der ein Redner meinte: Wenn der geänderte Text der Parteischule vorliegt, sei es vielleicht möglich, daß sich eine spätere Generalversammlung von neuem mit dieser Materie beschäftigt. Der erste Teil des Antrags lautet: „Die Generalversammlung beauftragt den Hauptvorstand, in geeigneter Weise für die Heranbildung von geeigneten Kräften Sorge zu tragen“ fand einstimmige Annahme; der zweite Teil: „und verpflichtet ihn, mehr Mittel für diesen Zweck anzuwenden, außerdem das Delegationsrecht für die Parteischule in Berlin voll und ganz auszunutzen“ wurde in namentlicher Abstimmung mit 143 gegen 61 Stimmen abgelehnt. Dem Antrag, daß die Berichterstatter der Parteipresse zu den Generalversammlungen zugelassen und ihnen das nötige Material überwiesen werden soll, wird einstimmig zugestimmt.

Eine ganze Reihe Anträge werden dem Vorstand als Material überwiesen, die Mehrzahl davon verlangt statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschiedener Branchen. Ebenfalls dem Vorstand überwiesen wurde dieser Antrag:

Durch die Entwidlung der Technik, die Vereinfachung der Arbeitsweise geht das Unternehmertum immer mehr dazu über, weibliche Arbeitskräfte gegen den Mann auszuspielen. Es möge die Generalversammlung beschließen, für Rheinland und Westfalen eine Agitation anzustellen.

Zum Schluß der Sitzung wurde über die Anträge zur Waiseierfrage debattiert. Diese Diskussion wird morgen fortgesetzt.

**Deutschföhrerberichtigung.** Unser gestriger Bericht läßt in der 1. Beilage, 3. Spalte, den Delegierten Franz Hamburg sagen: „Er hat sich halt später durch die Hände des Vorstandes eines anderen belehren lassen.“ Es muß richtig heißen: „Er hat sich halt später durch die Gründe des Vorstandes eines anderen belehren lassen.“

**Wannheim, 8. Juni.** (Brisantelegramm des „Vortwärts“.) Die Generalversammlung der Metallarbeiter lehnte den Antrag, daß die Arbeitstufen am 1. Mai intensiver als bisher propagiert werde, mit 124 gegen 82 Stimmen ab.

## Die Berliner Gewerkschaftskommission

hielt am Mittwoch eine Delegiertenversammlung ab, welche den Jahresbericht der Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre entgegennahm.

Als erster Referent gab eine Uebersicht über die Verhältnisse der Kommission. Dieselben seien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen. Die Einnahmen an Beiträgen der Gewerkschaften hätten sich gegen das Vorjahr um 1000 M. vermehrt, die Ausgaben habe 800 M. Ueberschuß gebracht. In den Ausgaben sei besonders zu erwähnen, daß die Ausgaben für den Jugendklub von 3000 auf 5000 M. stiegen. Die Agitation gegen die Reichsversicherungsordnung habe auch erhebliche Ausgaben verursacht. Die Ausgaben für Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahlen würden in Zukunft noch steigen, da die Vorrede mehr und mehr zur Errichtung solcher Gerichte übergehen. Der Gewerkschaftskommission seien jetzt 19 Unterkommissionen in den Vororten angegliedert. Hier mache sich ein lebhaftes Verlangen nach Mitteln zur Verwertung für Bildungsbestrebungen bemerkbar. Der Ausschuss hat sich in dieser Hinsicht sehr beschränken müssen. In der Frage der Bildungsbestrebungen müsse vielleicht eine Reform angebracht werden, die eine Einheitlichkeit der Bildungsbestrebungen bringt. Eine solche Reform würde allerdings große Kosten verursachen.

Eine permanente Arbeitslosenzählung durch Anwendung des Meldegesetzes habe sich als nicht durchführbar erwiesen. Der Ausschuss sei deshalb einer Anregung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin gefolgt und lasse demselben regelmäßig eine Zusammenfassung über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gewerkschaften zugehen. Diese Zusammenfassungen würden regelmäßig veröffentlicht in der vom Statistischen Amt herausgegebenen Zeitschrift „Groß-Berlin“. Die kommunale Arbeitslosenunterstützung der Stadt Schöneberg sei trotz mancher Mängel eine anerkannt wertvolle Einrichtung. Der Referent schloß mit der Bemerkung, daß abgelaufene Geschäftsjahre könne als befriedigend bezeichnet werden.

Der zweite Referent, Ritter, verbreitete sich über die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften. So erfreulich die Vermehrung der Mitgliederzahl sei, müsse doch berücksichtigt werden, daß sie nur erst einen Teil der organisationsfähigen Arbeiterschaft darstelle, und zwar wenn man Arbeiter und Arbeiterinnen zusammenzähle, 38,9 Proz. Keine man nur die männlichen Arbeiter, dann seien 58,8 Proz. gewerkschaftlich organisiert. Unter Zuzurechnung der Christlichen und Kirch-Undersuchen komme man zu einem Verhältnis von 60-65 Proz. organisierter Arbeiter. Am ungünstigsten sei das Organisationsverhältnis bei den Arbeiterinnen. Der Redner verwies auf die noch junge Organisation der Hausangestellten. Die Arbeiter, welche persönliche Beziehungen zu Hausangestellten haben, seien verpflichtet, diese der Organisation zuzuführen. Das Genossenschaftswesen habe im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht, aber es stehe noch keineswegs auf der wünschenswerten Höhe in bezug auf die Beteiligung der organisierten Arbeiterschaft. Auf Harischort, wo der kleine Generalklub der Arbeiter von Groß-Berlin wohne, habe man gewisse Hoffnungen hinsichtlich des dortigen Aufblühens der Konsumgenossenschaft gesetzt, aber diese Hoffnungen hätten sich nicht erfüllt. Die Frage der Errichtung einer Zentralbibliothek für die organisierten Arbeiter Groß-Berlins, die durch einen Antrag der Genossen von Telton-Beeskow angeregt worden sei, habe noch nicht zum Abschluß gebracht werden können. Die begonnenen Beratungen würden im Herbst fortgesetzt werden. Die Frage sei nicht leicht zu lösen, denn was in anderen deutschen Großstädten sich als praktisch erwiesen habe, das könne bei der ungeheuren Ausdehnung von Groß-Berlin undurchführbar sein. Alles in allem könne gesagt werden, die Fortschritte im vergangenen Jahre seien nicht gering. Sind gab einen Bericht über die Tätigkeit des Arbeitersekretariats. Die Inanspruchnahme durch das Publikum sowie die Zahl der erteilten Auskünfte hätten sich vermehrt. Es sei erfreulich, daß 95,8 Proz. der Auskunftsuchenden organisierte Arbeiter waren. Es sei nicht anzunehmen, daß die Inanspruchnahme

des Sekretariats schon ihren Höhepunkt erreicht habe. Ein großer Teil der Arbeiten des Sekretariats sei veranlaßt durch die häufigen Versuche der Rentenquetscher seitens der Berufsgenossenschaften. Aus diesem Grunde und auch wegen der durch die Reichsversicherungsordnung eingeföhrten Neuerungen werde sich die Tätigkeit des Sekretariats in Zukunft noch weiter steigern.

Der Berichterstatter folgte eine Diskussion,

die sich auf einige Einzelheiten in den Berichten erstreckte. Besprochen wurde, daß den Gewerkschaften in Zukunft auch ein ausführlicherer Bericht über die Geschäftslage des Gewerkschaftshauses gestellt werden soll.

Haxmann begründete namens des Ausschusses einen Antrag auf Behaltsregulierung der Sekretäre und Hilfsarbeiter der Gewerkschaftskommission und des Arbeitersekretariats. Bei Abschluß der Anstellungsverträge sollen die Grundsätze des Vereins Arbeiterpresse maßgebend sein.

Der Antrag des Ausschusses wurde in allen Punkten angenommen.

Hierauf nahm die Versammlung die

Neuwahl des Ausschusses

vor, die folgendes Ergebnis hatte: Kunze (Schneider), Albrecht (Buchdrucker), Schulze (Sattler), Mah (Zischler), Handke (Metallarbeiter), Werner (Transportarbeiter), Schult (Brauereiarbeiter), Wuhli (Vertreter des Gewerkschaftsverbandes), Riech (Maler).

Als Revisoren wurden Buchhändler Schade, Handlungsgehilfe Urban und Holzarbeiter Besopold gewählt.

## Stadtverordneten-Versammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Juni 1911, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer-Stellvertreter Casel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung der neugewählten Mitglieder des Ausschusses für die Städteordnung und Stadtratsmitglieder Dr. Max Seyditz, die darauf auf die Städteordnung verpflichtet werden.

Für den gastlichen und herzlichen Empfang, den die Deputation der Berliner städtischen Behörden bei ihren Besuchen in Stockholm, Göteborg und Malmö gefunden hat, spricht der Vorsitz-Stellvertreter den Vertretern der Bürgerstadt der genannten Städte namens der Deputation besonderen Dank aus; dasselbe geschieht seitens des Bürgermeisters Dr. Reide. Eine Resolution, monach dieser Dank den beteiligten Stadtvorkonten alsbald übermittelt werden soll, gelangt zur Annahme.

Der Petitionsausschuss hat am 23. Mai getagt und u. a. die Petitionen der Entwässerungsrevieroren der städtischen Polizeiverwaltung sowie der Gemeindefeldjüdioren um anderweitige Regelung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse bezw. um Gleichstellung der Gemeindefeldjüdioren im Gehalt mit den Magistratsdienern dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen empfohlen. Referenten sind die Stadtvv. Wulstein (soz.-fortschr.) und Jucht (Soz.).

Die Ausschüsse wurden ohne Debatte angenommen; das weitere Petition der Schuldiener wegen freier Sonntage und wegen anderweiter Regelung der Urlaubsverhältnisse überweist die Versammlung ebenfalls nach dem Ausschussantrage dem Magistrat zur Erwägung.

Der Ankauf eines der Friedrich Krupp A.-G. in Essen gehörigen Teilerfeldes für Zwecke der Berliner Gaswerke war in erster Lesung insbesondere wegen der Höhe des Kaufpreises beanstandet worden. Die Ausschussberatung hat diese Bedenken zerstreut und zur einstimmigen Annahme der Magistratsvorlage geführt, monach drei Baublöcke und eine Parzelle, zusammen 76 398 Quadratmeter, zum Preise von 180 bez. 350 bez. 300 M. pro Quadratmeter, im ganzen für 1.165 385 M. erworben werden sollen. Referent ist Stadtv. Jacobi (M. L.). Ohne Debatte stimmt die Versammlung nimmere der Vorlage zu.

Der Magistratsantrag auf

Bewilligung von 50 000 M.

für die beiden Staatsjahre 1911 und 1912 an den geschäftsföhrenden Ausschuss des Deutschen Dauerfluges 1911/12 und auf Gewährung von 5000 M. zur Beschaffung von drei städtischen Ehrenpreisen an den Organisationsausschuss des Deutschen Dauerfluges von 1911 um den U.-Z.-Preis der Lüste ist in der Ausschussberatung schließlich mit der Maßgabe einstimmig angenommen worden, daß der Magistrat ersucht werden soll, zu veranlassen, daß die städtischen Behörden durch Abordnung in den geschäftsföhrenden Ausschuss des Deutschen Dauerfluges eintreten, und Vorlage zu treffen, daß Leben und Gesundheit der Bevölkerung geschützt werde. Ausschussreferent für die Anstellung des Ausschusses war die Erläuterung des Magistratsreferenten, daß für die Gewährung des Berliner Beitrages Voraussetzung sei, daß auch das Reich und Preußen die von ihnen geforderten Beiträge gewährten und zahlen. Referent des Ausschusses ist Stadtv. Dr. Weyl (Soz.), der nochmals eingehend auf die Ausschussberatungen zurückgreift und insbesondere die Notwendigkeit des Schutzes der Unbeteiligten und der Zuschauer betont.

Die Versammlung beschließt nach dem Ausschussantrag:

Die Beratung der Vorlage wegen Einstellung eines

vierten Assistenzarztes

bei der Krankenstation für geschlechtskrank Frauen im städtischen Obdach war vor 14 Tagen vertagt worden, weil die Versammlung die vom Magistrat angegebene Auskunft über den Stand des Projekts eines besonderen Geschlechtskrankenhauses für ungenügend ansah. Die Vorlage steht heute abermals auf der Tagesordnung.

Auf Anregung des Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) erklärt Stadtrat Selberg, daß der Magistrat den Bau eines derartigen

Krankenhauses mit 500 Betten

beschlossen habe, daß ein Programm in der Ausarbeitung begriffen sei und daß auch die Platzfrage jetzt in ein rascheres Fahrwasser gelangen werde.

Stadtv. Jucht (Soz.): Seit über 9 Jahren wird der Bau versprochen und noch immer ist nichts zustande gekommen. Man sucht immer noch nach einem Platz; es können noch Jahre vergehen, bis die Verhandlungen darüber abgeschlossen sind. Inzwischen sind aber die Zustände auf der Station im städtischen Obdach geradezu unholdbar geworden. Eine Leuzenziffer von 270, wie sie schon am 22. März festgesetzt worden ist, ist von uns schon damals als durchaus ungehörig bezeichnet worden; inzwischen ist diese Maximalziffer aber schon auf 318 gestiegen! Und dabei sind auch

fünftliche Ghzimmer mit Betten

bestellt, und an eine ordentliche Hygiene ist nicht zu denken. Dieser Zustand darf nicht dauern, bis das neue Krankenhaus fertig ist; die Ueberzahl muß sofort anderswo untergebracht werden. Weiter hat die Versammlung auch die Zustände im Obdach selbst als dringend reformbedürftig erklärt. Die Maßnahmen zur Abhilfe müssen sofort in Angriff genommen werden, damit nicht der Winter wieder herankommt; haben wir doch selbst jetzt bei so schöner Sommertemperatur eine Belegung von 1900 zu verzeichnen!

Stadtrat Selberg: Ich kann nicht zugeben, daß seitens des Magistrats nichts geschehen sei. Die Krankenausdeputation ist erst in neuerer Zeit an den Magistrat mit bestimmten Vorschlägen herantreten, die der Magistrat gebilligt hat.

Stadtv. Dr. Haast (M. L.) muß ebenfalls dringend wünschen, daß die Lösung der Platzfrage nicht zu lange hinausgeschoben wird; man solle doch im Magistrat auch dem schon im März gemachten Vorschlage näher treten, das Gebäude auf einem sehr geeigneten Terrain dem Obdach gegenüber zu errichten.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Der Magistrat hat allerdings vor 25 Jahren beschlossen, daß die Geschlechtskrankenstation „vorkriegsgegend“ im Obdach untergebracht wird; er beschließt und beschließt auch jetzt, aber es geschieht tatsächlich nichts. Was an Geschlechts-

kranken dort zu viel ist, muß sofort fortgeschafft werden. So geht es nicht weiter: die Zustände spotten einfach jeder Beschreibung. Mit dem Bau des Krankenhauses muß endlich wirklich Ernst gemacht werden; es liegt uns gar nichts daran, wo, sondern nur, daß es gebaut wird. Ueber den verschiedenen Projekten in Rummelsburg usw. könnten leicht wieder 25 Jahre vergehen!

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

Die zur

Durchführung der Alten Jakobstraße bis zum Planufer erforderlichen Grundstücke Waterlooufer 10 und 11 und Planufer 14 und 15 sollen im Wege der Enteignung erworben werden, nachdem die Versuche freihändigen Ankaufs zu annehmbaren Geboten der Eigentümer nicht geführt haben.

Ohne Diskussion tritt die Versammlung dem Magistratsantrage bei.

Das städtische

Magistratsamt

soll beibehalten und weiter ausgebildet werden; der Magistrat sucht die endgültige Bewilligung der dafür zunächst notwendigen etatsmäßigen Stellen — 1 Magistratssekretär, 1 Maschinenreiberin, 1 Diener — nach.

Auf Antrag des Stadtv. Gronewaldt wird die Angelegenheit wiederum einem Ausschuss überwiesen.

Der Vorentwurf zum

Neubau einer Gemeindefschule

in der Jeschiner Straße, Kostenüberschlag 916 000 M., geht in einen Ausschuss.

Die speziellen Entwürfe für demnächst in Angriff zu nehmende

Bauarbeiten der

vierten Irrenanstalt in Buch

(Beamtenwohnhäuser, Leichenhaus, Pferde stall, Regelbahn), Kostenanschlag zusammen 812 500 M., werden ebenfalls einem Ausschuss übergeben, nachdem Stadtv. Geroldt (Fr. Fr.) die Forderung für den Pferde stall zu streichen und Stadtv. Hoffmann im Anschluß daran Ausschussberatung formell beantragt hat, auch für die Prüfung der nicht ohne weiteres plausiblen Kostenschätzungen von 84 000 M. für das Leichenhaus und 63 000 M. für das Direktorenwohngebäude.

Für die Herstellung eines Berichtes über die Berliner Gemeindeverwaltung von 1906-1910 werden 22 000 M. gefordert.

Stadtv. Dr. Weyl: Die alljährlichen Verwaltungsberichte erscheinen so spät, daß sie jeglicher Aktualität entbehren. Den Bericht über das Krankenhaus Moabit von 1909 haben wir jetzt nach zwei Jahren im Mai 1911 erhalten! Wie ist es möglich, daß die Zusammenstellung des Materials so unglücklich lange Zeit erfordert? Der Bericht über das Lustrum 1901-1905 ist 1907 abgeschlossen und zwei weitere Jahre gingen hin, bis er im Druck vorlag! Es soll doch nicht bloß die künftige, sondern auch die lebende Generation etwas davon haben. In einem Ausschuss sollte diese Frage näher geprüft werden.

Die Versammlung beschließt gemäß dem Antrag Weyl.

Ein Antrag sämtlicher Fraktionen der Versammlung ersucht den Magistrat,

den Mitgliedern der Versammlung möglichst bald nach den Ferien durch Veranstaltung gemeinsamen Besuchs Gelegenheit zur Beschäftigung einiger dem einzelnen schwer zugänglichen städtischen Anstalten und Betriebe zu verschaffen.

Nachdem Stadtv. Stapp (M. L.) die Notwendigkeit und Dringlichkeit eines planmäßigen Vorgehens in dieser Hinsicht dargelegt und Bürgermeister Dr. Reide jedes tunliche Entgegenkommen in Aussicht gestellt hat, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Dem Verein „Berliner Jugendhaus“ für die jugendlichen Obdachlosen Berlins soll für seine Zwecke ein städtisches Grundstück von 2185 Quadratmeter Fläche an der Bödikerstraße bebaut

Errichtung des Jugendhauses

(40 Stübchen, in welchen die noch nicht verkommenen jungen Waisen zunächst aufgenommen werden sollen) vermietet werden. Den bezügl. Vertragentwurf legt der Magistrat gleichzeitig vor; der jährliche Mietzins soll 100 Mark, die Vertragsdauer 80 Jahre betragen.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Wir stehen der Vorlage im ganzen sympathisch gegenüber, wenn wir es auch für richtiger halten würden, daß die Stadt die Sache selber macht, da sie schließlich ja doch alles zu bezahlen haben wird. Wir bitten aber um Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss, da es sich um Subvention eines privaten Vereins handelt und wir doch unterrichtet sein müssen über die Statuten und Zwecke des Vereins.

Die Erwidrerung des Stadtrats Selberg bleibt für die Berichtserstattertribüne unhörbar.

Stadtv. Hoffmann: Ich halte jedenfalls die Sache nicht für spruchreif. In der Vorlage ist über die Satzungen des Vereins nichts enthalten.

Stadtv. Dr. Ritter meint, daß man die Sache auch ohne Ausschuss erledigen könne.

Stadtv. Hoffmann bleibt dabei, daß man die Satzungen kennen müsse, und

Stadtv. Manasse (Soz.) unterstützt diese prinzipielle Forderung. Mit schwacher Mehrheit wird die Einsetzung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern beschlossen.

Der Oberpräsident hat die von den städtischen Behörden beschlossene

Neueinteilung der Gemeindevahlbezirke

3. Abteilung genehmigt. Die Neueinteilung wird den im Herbst bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zugrunde gelegt werden.

Stadtv. Reid (Soz.): Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Magistrat bitten, in Zukunft das Wahlbureau anzuweisen, die Publikation des Wahlplans so zu gestalten, daß daraus ersichtlich ist, welche Straßen und Häuser zu den einzelnen Wahl- und Wahlmündigkeitsbezirken gehören. Für die Reichs- und Landtagswahlen geschieht das, was wir hier für die Kommunalwahlen wünschen.

Die Versammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Das Parkthallengrundstück auf dem Gesundbrunnen, Grünthaler und Wabinger, beschlagnahmt der Magistrat vom 1. April 1912 ab der Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen zu überweisen. Später soll darauf ein

Neubau für die 8. Pflichtfortbildungsschule

errichtet werden.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Die östliche Hälfte des ehemaligen

„Grenzlerplatzes“ an der einsamen Pappel vor dem Schönhauser Tor, 147 455 Quadratmeter, will der Militärstatist für 6 1/2 Millionen Mark an die Stadt veräußern. Der Magistrat hat, um die Schaffung einer größeren Freizeitanlage in diesem Teil des nordöstlichen Stadtgebietes zu ermöglichen, den hohen Preis — 44 M. pro Quadratmeter — und die sonstigen vom Kriegsminister gestellten Bedingungen akzeptiert.

Stadtv. Koblentz (Soz.): Wir sind bereit, für die Vorlage zu stimmen, und zwar ohne Ausschussberatung. Das viele Geld muß bei solchen Vorlagen ja doch nicht sein. Die Zweckmäßigkeit des Ankaufs kann nicht bestritten werden; die dortige Bevölkerung wünscht ihn, und auch der Magistrat will ihn ja durch den Ankauf und die Schaffung von Parkanlagen ein Äquivalent bieten für die demnächstige Beseitigung der Anlagen, welche in der Schönhauser Allee dem Hochbahnweg zum Opfer fallen müssen. Der Magistrat hat mit gutem Recht dahin zu wirken gesucht, den ganzen Platz zu erwerben, aber doch denjenigen Teil, der zur Anlage eines großen Parks weit zweckmäßiger wäre als der, den wir jetzt erhalten. Das soll nun nach der Ansicht des Statist nicht möglich sein. Wir können das zwar mit unirent be-schränktem Ratensverstande nicht einsehen, aber gleichwohl müssen wir in den sauren Apfel beißen.

Stadtv. Wammes (Fr. Fr.): Auch wir stimmen der Vorlage ohne weiteres zu, und zwar fast aus den gleichen Gründen, die der











Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetterprognose für Freitag, den 9. Juni 1911. Bismlich kühl und veränderlich, vorherrschend wolfig mit etwas Regen und frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Werden sollen. Wesentlich sei die Veranstaltung gewesen, weil der Pfarrer Spelka den Kreis der Teilnehmer hatte beliebig groß ziehen können.

Der Bezirksauschuss erklärte die Ueberwachung für zulässig und wies die Klage des Vereinsvorsitzenden mit der Begründung ab, daß die Befürchtungen des Landrats berechtigt gewesen seien.

Spelka legte Berufung ein. Das Oberverwaltungsgericht hat die Berufung auf und setzte die Verfügung des Landrats, durch welche die polizeiliche Ueberwachung angeordnet war, außer Kraft.

Der Begriff der Mischehe im Sinne des katholischen und des evangelischen Kirchensteuer-Gesetzes. Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Der Begriff der Mischehe im Sinne des katholischen und des evangelischen Kirchensteuer-Gesetzes. Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Die beiden genannten Gesetze enthalten übereinstimmend, bloß das in dem einen Falle an Stelle des Wortes „katholische“ das Wort „evangelische“ tritt, folgende Vorschrift:

Erdbeben am Kapischen Meer.

Wie ein Telegramm aus Waku meldet, wurde dort am Donnerstagmorgen ein Erdbeben von zehn Sekunden Dauer verspürt. In der Stadt sind mehrere Häuser beschädigt worden.

Ein Knabenmord in Friesack.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist am Pfingstsonntag in der Nähe des märkischen Städtchens Friesack an einem 4 1/2-jährigen Knaben ein schrecklicher Lustmord verübt worden. Die beiden 4 1/2- und 5 1/2-jährigen Söhne des Wärdersingers Dingst wollten am Sonntagmittag nach dem Bahnhof gehen, um einen zu Besuch eintreffenden Onkel abzuholen.

Folgeschwere Minenexplosion.

Ein jäheres Unglück hat sich gestern vormittag beim Bau der südfranzösischen Eisenbahnstrecke Marseille-Miramas ereignet. Eine Anzahl Arbeiter war mit Felsprengungen beschäftigt. Dabei explodierte eine Sprengmine, ehe sich die Arbeiter in Sicherheit bringen konnten.

Tödlicher Absturz eines Fliegers.

Der Flieger Raimondo Marra, der Donnerstag nachmittag zum Auscheidungswettbewerb für den Liber-Rundflug in Rom aufgestiegen war, stürzte drei Kilometer vom Flugplatz entfernt herab, anscheinend infolge einer Explosion des Motors.

Die Wunderkur von Epfig.

Wie es dort, wo keine Aufführung, keine Spur sozialdemokratischen Geistes hinkommt, noch aussieht, zeigt folgende, kaum glaubliche Begebenheit aus einer Ortschaft des kirchlichen Wahlkreises Schlettstadt im Elsaß. Die Bürger von Epfig, Dambach und Stohheim, drei rein katholischen Ortschaften, sind von der zurzeit grassierenden Maul- und Klauenseuche schwer heimgegesucht.

Kleine Notizen.

Bootsunfall. Auf dem Main kenterte in der Nähe von Schweinfurt ein Boot mit drei Insassen. Der Monteur Rod und eine Frau blieben aus Dresden ertrunken, während der Gemann der letzteren, der sich am Boote festgehalten hatte, gerettet wurde.

Unfall eines Berliner Schnellzuges. Bei der Einfahrt des Berliner Schnellzuges in den Bahnhof von Triest fuhr die Lokomotive mit voller Wucht auf einen Freiloch. Infolge des Anpralls erlitten etwa zwölf Reisende und ein Schaffner leichte Verletzungen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 11. Juni: Besuch des Botanischen Gartens, mittags von 12-3 Uhr, unter Führung von Beamten des Instituts. — Nachdem Treffpunkt: Bienenwäldchen, Schützenstraße in Steglitz. Nähere Mitteilung durch Frau Kruse, Mariannenstr. 11.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist schon das 36. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Sozialpolitik. — Die landwirtschaftlichen Betriebe im Deutschen Reich. Von M. M. — Die neue Vera in Elsaß-Lothringen. Von Jean Wörth (Waldau) i. G. — Neue Untersuchungen über die soziale Lage der Berliner Arbeiter. Von A. Kowal. — Literarische Rundschau: Dr. D. Lindemann und Dr. A. Siedelmann. — Kommunales Jahrbuch. Von ew. Dr. Hugo Böllner. Die Industrie und der Staat. Von G. Schlein. Saint-Simon, Neus Christentum. Von K. K. — Zeitgeschichte.

Wasserstands-Nachrichten.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Lists various locations like Regal, Ankerburg, Weiskel, Idom, Ober, Rathor, Krosen, Anstalt, Baride, Schimm, Landsberg, Reys, Nordham, Eide, Seimert, Dresden, Harde, Magdeburg.

Todes-Anzeigen

Allen Freunden, Bekannten und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der ehemalige Schankwirt Ernst Schmidt

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Am 6. Juni verstarb unser Genosse, der Restaurateur Ernst Schmidt

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege Ernst Schmidt

Sozialdemokr. Kreiswahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Straus. Am Dienstag, den 6. Juni, verstarb an Rückenleiden unser Mitglied, der Genosse Friedrich Schulz

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Am 6. Juni verstarb unser Genosse, der Revolvermacher Bruno Antczak

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Parteigenossin, Frau Juliana Hobuß

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Die Beerdigung findet heute (Freitag), nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Marienborger Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Die Beerdigung findet heute (Freitag), nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Marienborger Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Die Beerdigung findet heute (Freitag), nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Marienborger Weg, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied der Metallarbeiter Bruno Antczak

Hans Schwanebeck. Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Seestraße-Müllerstraße, aus statt.

Sozialdemokr. Kreiswahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Straus. Am Dienstag, den 6. Juni, verstarb an Rückenleiden unser Mitglied, der Genosse Friedrich Schulz

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Am 6. Juni verstarb unser Genosse, der Revolvermacher Bruno Antczak

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Die Beerdigung findet heute (Freitag), nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Marienborger Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Die Beerdigung findet heute (Freitag), nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Marienborger Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Die Beerdigung findet heute (Freitag), nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Marienborger Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Die Beerdigung findet heute (Freitag), nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Marienborger Weg, aus statt.

**35** Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**

**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

**H. Walter** Inh.: **Willi Maaß**, Brunnenstr. 35  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

**35** Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

**„Silesia-Bad“**

11242\* Schlesische Str. 31  
Alle Arten medizinische Bäder.

Lieferant aller Kassen.

**Zur Probe**

NEU! 30 Stücke auf einmal zugleich-Apparat mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, also ohne jede Kaufverpflichtung und ohne Anzahlung lediglich gegen Monats-Raten von 2 Mark an liefern wir: Sprech-Apparate mit Pathe-Platten, Musik-Instrumente aller Art, photographische Apparate, Wallen etc.

Kaufen Sie niemals ohne mehrmalige Probe! Kaufen Sie nur von namhaften Pathe-Platten. Alle anderen Platten werden durch den ständigen Nadelwechsel angegriffen u. schließlich völlig zerstört.

**Gratis**

und franko senden wir auf Verlangen an jedermann unseren illust. Katalog. Postkarte genügt.

**BIAL & FREUND**  
Breslau Postfach 120/26

**Nachtrag zur Liste der bewilligten Bäckereien vom 7. Juni. Neubewilligt haben:**

**Lichtenberg.**  
Lichtenbergstr. 34, Grunert.  
Trenenstr. 17, D. Reuendorf.  
Reinickendorfer.  
Waldstr. 61, L. Giese.  
Rixdorf.  
Emser Str. 115, Pfefferkorn.

**Spandau.**  
Lustigstr. 12, Heiden.

**Weißensee.**  
Mühlstr. 70, Bahl.  
Heinersdorfer Str. 4/6, Stume.

**Die Bewilligung zurückgezogen haben in Steglitz:**  
Strohstr. 10, Dahms.  
84, Giesemann.  
Dählstr. 25a, Carlowski.  
Quaderstr. 3, Bergom.

**Die Lohnkommission.**

**Möbelfabrik „Phönix“**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Bilanz per 31. Dezember 1910.

Aktiva	
Kassen-Konto	1 540,85
Baren-Konto	47 693,13
Inventory-Konto	10 318,12
Konto-Korrent-Konto-Debitoren	30 302,19
Bankanteil-Konto	1 000,—
Rautions-Konto	350,—
Summa	91 204,29
Passiva	
Kreditoren	10 800,59
Abschreiben-Konto	7 710,83
Anteil-Konto	450,—
Darlehens-Konto	69 456,97
Reservefonds-Konto	544,58
Gilfschuldens-Konto	76,68
Lohn-Konto	1 055,83
Unkosten-Konto	1 000,—
Gewinn- und Verlust-Konto	108,81
Summa	91 204,29

Am Laufe des Geschäftsjahres sind 3 Genossen ausgeschieden, eingetreten keiner. Betrag des Geschäftsguthabens und der Postsumme 300,— R.

**Der Vorstand.**  
H. Krämer. M. Kaufmann.

**Jeder Herr**

welcher schön und billig sich kleiden will, empfehle eines dieser Herren-Anzüge, Paletots etc. für jede Figur passend, solange der Vorrat reicht. Die Sachen sind aus prima Materialien sorgfältig teils von ersten Firmen, einsteins aus Absonnerlichkeitsstammend, früher bis 100 Mark, jetzt zu folgenden Preisen:

Jackett-Anzüge	M. 10, 14, 18, 20 etc.
Herren-Paletots	9, 12, 14
Rock-Mode-Anzüge	12, 16, 18, 20
Gehrock-Anzüge	18, 22, 26, 28
Herren-Kassen	3, 4, 5, 7

**Abt. II: Elegante neue Garderobe.**

**J. Wand**  
Haupt-Geschäft: 6r. Frankfurter Str. 116, a. d. Anzeigeb. Dresden.  
II. Geschäft: Chausseestr. 89

Verkaufsstelle für den Westen: Jägerstr. 11.  
Verleihung von eleg. Frack- u. Gesellschafts-Anzügen.

Bitte genau die Hausnummer beachten.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

**Touren**  
zum Sonntag, den 11. Juni.

1. Abt.: 5 Uhr: Budow, Märkische Schweiz. 9 u. 12 Uhr: Strauberg (Hungriger Wolf). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 1 Uhr: Rönchsmühle bei Schilow (Zur historischen Mühle). Start: Schönleinstr. 6.
3. Abt.: 6 Uhr: Neue Mühle (Park-Restaurant). 1 Uhr: Richterhorn. Start: Lauffer Weg 12.
4. Abt.: 6 und 1 Uhr: Familientour nach Rahnsdorf (Freibad). Start: Rahnsdorfer Str. 50.
5. Abt.: 4 Uhr: Gullow. 1 Uhr: Grünau (Richterhorn). Start: Elbstum.
6. Abt.: 8 1/2 Uhr: Budow, Märkische Schweiz. 1 Uhr: Glienide (Alt-Mann). Start: Oberberger Str. 28.
7. Abt.: 5 Uhr: Budow (Schweizerhaus). 12 Uhr: Strauberg (Hungriger Wolf). Start: Röhlinger Str. 8.
8. Abt.: 6 Uhr: Bornim (Weinert). 1 Uhr: Dreyß bei Potsdam (Hofbad). Start: Beuststr. 22.
9. Abt.: 8 und 12 1/2 Uhr: Mittenwalde. Start: Schillingstr. 22.

**Lichtenberg und Umgegend.**

1. und 6. Abt.: 12 Uhr: Ziebfuß (Berliner Schweiz). Start: Barckstr. 74.
2. Abt.: 1 1/2 Uhr: Ahrensfelde (Schneider). Start: Berliner Str. 98.
4. Abt.: 12 1/2 Uhr: Wandlitz. Start: Grünberger Str. 5.

**Neu! Hosenhalter.** Keine Hosenträger oder Gürtel mehr nötig. Dauerwäusche „Zelida“.

● Feuerzeuge ● Spielkarten aus Zelluloid oder Karton, abwaschbar, unverwundlich ● sowie andere prall. Neuheiten. Hoher Verdienst für Wiederverkäufer. Lohnender Nebenwerb für Jedermann. Versandhaus Otto Engert, Leipzig 238, Braunstraße 27.

**Hermann Fischers billigste Särge**  
Berlin, Urbanstr. 111, Ecke Jahnstr. früher Rixdorf. Tel.: Amt IV, 13457.

**Theater und Vergnügungen**

**Schiller-Theater O.** Wallner-Theater.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Traum ein Leben.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Im Klubsessel.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Im Klubsessel.**

**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Himmel auf Erden.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Der Probekandidat.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Husarenflieger.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Probekandidat.**

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Bummelstudenten.**  
Morgen: **Bummelstudenten.**

**Neues Theater.**  
Täglich:  
**Mein erlauchter Ahnherr.**  
Anfang 8 Uhr.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Freitag, den 9. Juni, abends 8 Uhr:  
**Kasernenluft.**  
Sonabend zum erstenmal: Im leuchtenden Luftschiff. Besse in 3 Akten von E. Norini u. E. Baum.

**POSE=THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Selbstmörderklub**  
Auf der Gartenbühne täglich: Es gibt nur ein Berlin. Große Revue. Konzert, Spezialitäten. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Apollo Theater**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die neuen Juni-Spezialitäten. Des sensationellen Erfolges wegen prolongiert.  
**Der zerbrochene Spiegel.**  
Letzte Neuheit d. popul. Gebr. Schwarz.  
**Um ein Weib.**  
Großes amerikanisches Ausstattungs-Sensationsstück in sieben Akten.

**Metropol-Theater.**  
**Hoheit amüsiert sich!**  
Operette in 3 Akten von R. Freund. Musik von Rudolf Kellon.  
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schult.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Sonntag, den 11. Juni 1911:  
**Theater und Spezialitäten.**  
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.  
Speziell nummeriert 75 Pf. Entree 50 Pf.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanz.**

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Rudolf Krüger, Solenhöhe 13-15.  
Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen. Selbstbedachter Theatergarten, bei ungünstiger Witterung auch biend. Donnerstag: **Elftag.**

**Neue Welt.**  
Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide.  
**Große Spezialitäten-Vorstellung**  
Ganz neues Programm: Ermakow, tatarische Kriegsspiele. Smerlape m. seinen dressiert. Schweinen. Maire, Tenor der Metropolitan-Oper New York. Teufelsrad, neueste Belustigung. **Großes Promenaden-Konzert.**  
Sonabend, den 10. Juni: Sommerfest d. Vereins Berliner Kassaboten. 12. Juni: Sommerfest der Berliner Schuhmacher-Innung.

**Luna-Park**

Heute, Freitag, den 9. Juni:  
**5jährige Erinnerungsfeier**  
der Niederwerfung in Deutsch-Südwest-Afrika zum Besten der hilfsbedürftigen Invaliden dieses Feldzugs.  
Eintrittspreis 50 Pf.

**Neue Attraktionen.**  
Straße von Kairo und Johnstowns Untergang.  
Morgen  
Sonabend: **Elitetag.**  
Monster-Feuerwerk.  
Alpenidyll. X Apotheose.

**WINTERGARTEN**

Die ausserlesenen Attraktionen!  
**LA TORTAJADA.**  
Die 7 Korinnas, klassische Tanzstudien.  
**Karl Reinsch und Lucia** mit ihren Vollblutpferden und Hunden.  
**De Dio.**  
Charles Barons Burlesko-Menagerie.  
**Tschina Maas** 8 heil. Chunguson und eine Kette  
hervorragender Kunstkräfte!

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Britton!  
Witze im Hosenrod.  
Anfang wochentags 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

**Moabiter Wintergarten Artus-Hof**  
Perleberger Str. 26, Stöndler Str. 18.  
Direktion: Karl Pirnau.  
Täglich:  
**Spezialitäten-Theater.**  
Freitag: **Elitetag.**  
**Als er Abschied nahm — Als er wiederkam!**  
Lebensbild mit Gesang in 3 Akten. Konzert 6 Uhr. Vorstellung 7 Uhr. Vorzugsarten haben Günstigkeit.

**Berliner Prater-Theater**  
Rasthausstraße 7-9.  
Täglich:  
**Die drei Grazien.**  
Besse in 4 Akten von Teupom. Spezialitäten, Konzert und Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

**Volksgarten-Theater**  
Täglich:  
**Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. — Goldener Boden.**  
Leopold Rosser. Ada Vllá, Ballett-gesellschaft Melani.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Lebende Tierbilder**  
von nah und fern.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militärkonzert.**  
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
Jahres-Abonnement an allen drei Schalterkästen.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Die schöne **Maroussia**  
die Tänzerin klass. Kunst.  
**Nina Bitowey**  
kaukas. Volkssängerin, und das neue große Programm! 14 erstklass. Attraktionen.

**Passage-Panoptikum.**  
Während der Pfingstferien vom 1. bis inkl. 11. Juni **Volkstage!**  
Jedermann ein Kind frei! Jedes Kind ein Geschenk!  
**Die Neger-Riesin Abomah**, die größte Frau, die je gelebt. Alles ohne Extra-Entree!

**Triannon-Theater.**  
Neue und folgende Tage:  
**Das Prinzen.**  
Liebesdrama in 3 Akten v. R. Riß.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Café Bellevue.**  
Rummelsburg am See.  
Inh.: G. Tempel.  
Jeden Donnerstag und Sonnabend:  
**Soireen**  
der Hoffmanns Sänger.  
Jeden Sonntag:  
**Spezialitätenvorstellung**  
und **Garten-Konzert.**

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Parisiana-Ensemble.**  
Die letzte Nacht. Ein Fenster zu vermieten. Die Hochzeitdreife. Das Strumpfband.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72.  
**Frungen.**  
Besse in 1 Akt.  
The Odeon. Neubert und Rde. Rosa Horst. Otto Römer.  
Anf. 1/2 8 Uhr, Sonntag 1/2 5 Uhr.

**Admiralspalast**  
Am Bahnhof Friedrichstraße  
Eis-Arena. Allabendlich:  
Das prunkvolle Eisballett **Montreal**  
Die Stadt auf Schlittschuhen.  
100 Mitwirkende 100 Apachen-Tänze auf dem Eis.  
Die Eisbahn v. 10 U. früh geöffn.  
Anerk. vorzügliche Restauration. Bier- und Weinabteilung.  
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassenpreise.

**Voigt-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 68.  
Heute sowie täglich:  
**Goldene Jugend.**  
Großes Lebensbild mit Ges. u. Tanz u. das große Spezialitätenprogramm.  
Kasseneröffnung 2. Anfang 5 Uhr.

**Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Berlin N., Brunnenstraße 16.  
Täglich:  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
**Paulas Beichte**  
oder: So wird's gemacht.  
Gr. Ausstattungsstücke mit Gesang und Tanz.  
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

**Berliner Uk-Trio**  
Rixdorf-Berlin, Lahnstr. 74, I. I.  
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.